

Phasen des Beteiligungsverfahrens



Wo kommen Beteiligungsanlässe her?

Wer trifft die Auswahl, welche werden aufgegriffen?

o politisches Know How

Analyse der Strukturen

diverses Vorbereitungsteam

Beteiligung oder Beteiligung

Zielgruppenanalyse

Repräsentanz
Diskriminierte benachteiligte Gruppen querlegen

Information & Werbung

Vertrauenspersonen
langfristige Kooperationen

aufsuchende Beteiligung

Interviews Fokusgruppen?

Reaktion?

bildliche Darstellung
Ansprache

Zielgruppenprofile (Medienauswahl)

direkte Ansprache

Einflüsse Sprache

Folienverteilung
beteiligte Akteure
↳ fixe inputs
↳ ..

Durchführung



Gestaltung des Vorstellens
Rücken der Teilnahme
- Gleichberechtigung
- Teilen

Masterplan Team

sensibilisierte Moderation

geschützte Räume

Methoden- Vielfalt

eigene Erfahrungsräume

bedürfnisorientierte Konsens

Evaluierung



divers

→ Rede- teilen

↳ anregende unterstützende

Allianz Vielfältige Demokratie

Thementisch 3
Geschlechtergerechte Bürgerbeteiligung
mehr als gendern

Thementischleitung: Stephanie Lorang
Tamara da Rocha Oliveira

Soziologische Dimensionen von Geschlecht

Carolin Küppers (2012)

Die Einteilung in zwei eindeutig voneinander zu unterscheidende Geschlechter strukturiert unseren Alltag. Sie erscheint als "natürliche" und selbstverständliche Tatsache, stellt sich aber aus soziologischer Perspektive sehr viel komplexer dar.

Einleitung

Sicherlich erinnern sich die meisten an die Szene im Spielzeugladen aus dem Lorient-Sketch "Weihnachten bei Hoppenstedts": Opa Hoppenstedt möchte ein Weihnachtsgeschenk für sein Enkelkind kaufen. Die Frage der Verkäuferin nach dem Geschlecht des Kindes gestaltet sich jedoch als etwas problematisch:

Na, sie werden doch wohl wissen, ob Ihr Enkelkind ein Junge oder ein Mädchen ist.

Wieso?

Wie heißt denn das Kleine?

Hoppenstedt, wir heißen alle Hoppenstedt.

Und mit Vornamen?

Dickie, Dickie Hoppenstedt

Und es äh es ist ein Mädchen?

Nee ...

Also ein Junge?

Nee nee nee nee nee.

Nachdem auch die Frage nach der Kleidung nicht weiterführt, greift die Verkäuferin zu deutlicheren Mitteln: Wenn Ihr Enkelkind ein Zipfelchen hat, wüsste man ...

Zipfelchen?

Mein Gott, dann hat es eben kein Zipfelchen!

Mein Enkelkind hat alles, was es braucht! Gesunde Eltern, ein anständiges Zuhause und Zucht und Ordnung!

Lorient führt uns hier - wie so oft - die Absurditäten und Grotesken des zwischenmenschlichen Zusammenlebens vor Augen. Das Geschlecht des Kindes ist für die Verkäuferin relevant, um bei der Auswahl des Geschenkes angemessen zu beraten, die Zuordnung scheint jedoch für den Großvater nicht ganz so leicht zu sein und eigentlich auch nicht notwendig, da das Kind "alles hat, was es braucht". Hier wird zum einen die Problematik der eindeutigen geschlechtlichen Zuordnung angesprochen, und es zeigt sich zum anderen sehr deutlich, welche herausragende Rolle Geschlecht in unserem Alltag spielt. Die Existenz von zwei deutlich voneinander unterschiedenen Geschlechtern erscheint als zweifelsfreie und selbstverständliche Tatsache. Zwar beginnen geschlechtsspezifische Stereotypisierungen an Wirksamkeit zu verlieren, doch sind sie nach wie vor überall präsent. Fast alle alltäglichen Dinge beruhen auf der binären Geschlechtseinteilung - also der Einteilung in ausnahmslos zwei Geschlechter, angefangen damit, welche öffentliche Toilette wir benutzen. Doch ist diese Einteilung wirklich so eindeutig und "natürlich", wie sie alltagspraktisch erscheint? In der Soziologie ist zunächst nichts natürlich, sondern alles gesellschaftlich; interessant ist jedoch, was jeweils als "natürlich" gilt. Aufgrund der Omnirelevanz von Geschlecht in unserer Gesellschaft kann es hierfür nicht einen einzelnen Grund geben; in der Regel ist alles ein Stück komplexer als erhofft. Auch naturwissenschaftlich ist die Unterscheidung, was genau Männer und Frauen sind und wodurch der Unterschied zwischen ihnen festzumachen ist, mehr als uneindeutig. Es stellt sich also die Frage, wie ein verhältnismäßig kleiner anatomischer Unterschied so große

soziale Folgen haben kann. Daher wird es im Folgenden um eine Auseinandersetzung damit gehen, was gesellschaftlich als Geschlechterdifferenz betrachtet wird, wie daraus wissenschaftliche Tatsachen hergestellt werden und welche Konsequenzen dies für soziale Realitäten hat.

Warum Biologie kein Schicksal ist

Auf die Tendenz, die Differenzierung in zwei Geschlechter auf biologische Unterschiede zu reduzieren, haben angloamerikanische Feministinnen in den 1960er Jahren mit der Abgrenzung von *sex* und *gender* reagiert. Der Begriff *sex* wird in der Regel mit "biologisches Geschlecht" übersetzt und anatomisch definiert. Der Begriff *gender* wird meist in der Bedeutung von "sozialem Geschlecht" verwendet und zielt auf die soziale Konstruktion von geschlechtsspezifischen Rollen und Attributen ab. Die Trennung von *sex* und *gender* hat enorme Vorteile gebracht, um gegen einen Alleinerklärungsanspruch der Geschlechterunterscheidung durch biologische Determination argumentieren zu können. Sie enttarnte *gender* als soziales Konstrukt und deckte auf, dass dichotome Geschlechterzuschreibungen, Geschlechterrollen und Hierarchisierungen historisch entstanden sind und durch gesellschaftliche Strukturierungen, Aushandlungen und Bedeutungszuschreibungen zustande kommen.

In der aktuellen Geschlechtersoziologie wird die Unterscheidung in *sex* und *gender* jedoch kaum noch verwendet. Das, was zunächst einen argumentativen Vorteil darstellte, erwies sich recht schnell als zu undifferenziert und damit als Nachteil. Durch den Rückbezug auf *sex* konnten Geschlechterunterschiede nach wie vor auf den biologischen Unterschied reduziert werden. Dies ist unter anderem aus zwei Gründen problematisch. Zum einen zeigt sich schon die Biologie selbst als uneindeutiger und komplexer, als in der Lesart des Alltagsverständnisses. Zum anderen gerät damit aus dem Blick, dass es sich auch bei Naturwissenschaften um gesellschaftliche Unternehmungen handelt.

In der Biologie wird *sex* ausdifferenziert in chromosomales Geschlecht (XX, XY), gonadales Geschlecht (innere Fortpflanzungsorgane), hormonelles Geschlecht (Hormonkonzentrationen) und morphologisches Geschlecht (Genitalien und sekundäre Geschlechtsmerkmale). Die Beschreibung der Geschlechtlichkeit eines Menschen fällt also schon auf dieser Ebene sehr komplex aus und wird in der Regel mehr als ein Kontinuum denn als zwei klar zu unterscheidende Pole betrachtet. Die Biologie stellt also kein eindeutiges, objektives Kriterium bereit, das die Geschlechterdifferenz jenseits der sozialen Kontexte ihrer "Entdeckung" festmachen kann. Daher stellt sich anstelle der Frage nach Möglichkeiten der Geschlechterunterscheidung vielmehr die Frage, wie Geschlecht verwissenschaftlicht wird. Die Biologin Sigrid Schmitz betont hierzu die Reproduktion sozialer Geschlechternormen in vermeintlich objektiven biologischen Forschungsarbeiten, denn auch die Biologie erzeuge als sprachlicher Diskurs und als Praxis Geschlecht: "Die Naturwissenschaft ist nicht objektiver als andere Wissenschaften, nur weil sie ihre Befunde in einem quantitativ-experimentellen Design reproduziert. Denn auch dieses Design ist von bestimmten theoretischen Vorannahmen geleitet, welche die Auswahl der Daten, ihre Einschlüsse und Auslassungen und die Interpretationen der Befunde beeinflussen. Wenn von Beginn der Untersuchung an nach Unterschieden gesucht wird, werden sie in der Regel auch gefunden. Warum scheint es so überaus wichtig zu sein, Geschlechterunterschiede binär und eindeutig festzuschreiben und biologisch zu begründen?"

Auch die Biologie schließt nach Stefan Hirschauer an ein kulturell etabliertes Alltagswissen von Zweigeschlechtlichkeit an und nutzt Alltagsmethoden der Geschlechtszuschreibung, um ihren Untersuchungsgegenstand zu identifizieren: "Denn zur Feststellung von 'Geschlechtsunterschieden' und (biologischen) 'Geschlechtsmerkmalen' müssen immer bereits 'Geschlechter' unterschieden sein." Die Beschreibung von Geschlecht ist also schon eine von gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Vorstellungen geprägte soziale Praxis und kein direktes Abbild der Natur. Dass

auch Naturwissenschaft nicht objektiv ist, heißt jedoch nicht, dass sie vollkommen beliebig ist, da "die Natur" ihrer Deutung materielle Grenzen setzt und eine unbestreitbare Wirksamkeit hat. Dennoch ist die Art und Weise, *wie* bestimmte (körperliche) Merkmale interpretiert wurden und werden kontingent, das heißt, sie sind soziale Realität, die so geworden ist, aber nicht zwangsläufig genau so sein müsste.

Diskurs der Geschlechterdifferenz

Die Geschlechterordnung könnte also je nach historischer und räumlicher Konstellation etwas anderes bedeuten, und doch ist sie eine wirkmächtige, herrschaftsdurchtränkte soziale Realität. Durch die in unserer Gesellschaft vorausgesetzte, zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normalität entsteht der Zwang, sich dieser Norm zu unterwerfen. Für Judith Butler, der bekanntesten Protagonistin der Diskurs- beziehungsweise poststrukturalistischen Theorie, ist jede Bezugnahme auf die biologischen und materiellen Bereiche des Lebens eine sprachliche: "Wenn auf das 'biologische Geschlecht' Bezug genommen wird als etwas, was dem sozialen Geschlecht vorgängig ist, wird es selbst zum Postulat, zu einer Konstruktion, die in der Sprache als das offeriert wird, was der Sprache und der Konstruktion vorhergeht." Somit ist auch Geschlecht keine naturgegebene Tatsache, sondern ein Teil des sozialen Körperwissens und der Normen der Geschlechterdichotomie. Der Diskurs weist den Dingen einen Namen und damit eine Bedeutung zu, nicht umgekehrt. Wir können nur in Form von Sprache auf die Welt zugreifen, wodurch wir nie das rein Materielle benennen können, da es im Moment des Bezeichnens schon diskursiv überformt ist. Die diskursive Ordnung ist jedoch keine von außen einschränkende Barriere, sondern die Bedingung dafür, dass wir Begriffe haben. Die Dinge sprechen nicht selbst, wir interpretieren sie. Dadurch ist jeder Blick auf die Welt durch eine zeithistorische, spezifische Brille begrenzt.

So kann auch Geschlecht keine ontologische Tatsache, keine vordiskursive Gegebenheit sein, sondern muss als Effekt von Diskursen verstanden werden. Das heißt nicht, dass es das Phänomen ohne den Begriff nicht gäbe. Es gibt keine Bezugnahme auf einen reinen Geschlechtskörper, die nicht zugleich eine Formierung dieses Körpers wäre. Somit ist das biologische Geschlecht kein körperlich gegebenes, das dem sozialen Geschlecht auferlegt wird, sondern eine kulturelle Norm, welche die Materialisierung von Körpern regiert. Das heißt, die Diskurssetzung ist nicht völlig willkürlich oder beliebig, sondern es besteht eine Gleichzeitigkeit normativer Zwänge. Nur durch diese Normen werden Körper anerkennungsfähig und zu sozial sinnhaften (intelligiblen) Körpern. Laut Butler sind diejenigen Körper intelligibel, die eine Kohärenz von *sex*, *gender* und *desire* aufweisen. Politische Regulierungen und kulturelle Praxen, die Butler als "heteronormative Matrix" bezeichnet, halten diese Kohärenz aufrecht. Dabei handelt es sich jedoch um eine Matrix mit Ausschlusscharakter, die einen Bereich verworfener Wesen hervorbringt: Durch die diskursive Konstruktion dessen, was als "normal" gilt, wird kontinuierlich das, was als "anders" gilt, mit konstruiert. In der Benennung der Heterosexualität als Norm wird so Homosexualität als Abweichung stets mitgedacht und umgekehrt.

Intelligible und verworfene Körper sind zusammen das Ergebnis immer wieder performativ inszenierter Prozesse. Mit Performativität meint Butler die Macht der Diskurse, durch ständige Wiederholungen Wirkung zu produzieren. Dabei handelt es nicht um einen einzelnen absichtsvollen Akt, sondern um eine sich ständig wiederholende, zitierende Praxis, durch die der Diskurs die Wirkung, welche er benennt, selbst erzeugt. Dies klingt zunächst so, als gebe es gar keine andere Möglichkeit, als Geschlechternormen permanent zu reproduzieren. Doch gerade in diesen permanenten Wiederholungen sieht Butler die Chance des Widerspruchs und der Parodie. Denn "es gibt nicht so etwas wie die perfekte Kopie, die ein Original unverfälscht wiederholt". Wenn also durch die Kopie verdeutlicht werden kann, dass es ohne die Kopie das Original nicht gäbe, beziehungsweise es sich schon beim vermeintlichen Original um eine Kopie handelt, könnte die

Geschlechterordnung als vermeintlich stabile Tatsache infrage gestellt werden. Ein solches Widerstandspotenzial sieht Butler beispielsweise in der Travestie.

Was ist, ist geworden

Die Infragestellung der Natürlichkeit der Geschlechterdifferenzierung taucht allerdings nicht erst in (post)modernen Theorien auf. Die Philosophin Simone de Beauvoir stellt schon 1949 in ihrem Werk "Das andere Geschlecht" fest, dass Menschen nicht als Frauen zur Welt kommen, sondern zu Frauen *werden*. Damit verweist sie auf die individuelle und biografische Gewordenheit von Geschlechtern, die von der frühen Frauenforschung in den 1970er Jahren aufgegriffen und unter dem Konzept der geschlechtsspezifischen Sozialisation weiterentwickelt wurde. Durch die Offenlegung individueller Erfahrungen und der Analyse persönlicher Lebensverhältnisse sollen gesellschaftliche Strukturen und darin enthaltene, historisch verfestigte Geschlechterverhältnisse sichtbar gemacht werden, was häufig mit der Feststellung einherging, dass das Private politisch sei. Der geschlechtertheoretische Diskurs ist hier eng mit der politischen Perspektive der Frauenbewegung verbunden und dadurch geprägt, dass die Frage nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen mit der Frage nach dem Subjekt verknüpft ist.

Sozialisation umfasst demnach den komplexen Prozess, in dem Menschen die Kultur, Normen und Regeln ihrer Gesellschaft lernen, reproduzieren und dadurch befähigt werden, gemäß ihrer Stellung in der Gesellschaft zu handeln. Im Verlauf ihrer Sozialisation, die in einer Vielzahl von sozialen Institutionen stattfindet, lernen Menschen, was es vor dem jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund bedeutet, eine Frau oder ein Mann zu sein. Sie entwickeln ein Gefühl und ein kognitives Konzept für die eigene Identität und lernen, den Regeln dieser Gesellschaft entsprechend mit anderen Personen zu interagieren. Von Beginn ihrer Biografie an lernen Mädchen und Jungen die von Erwachsenen vermittelten gesellschaftlichen Zeichen für Geschlechtszugehörigkeit. Sie lernen auch, dass den Normen unangemessenes Verhalten gesellschaftlich sanktioniert wird.

Auch wenn es eine Vielzahl von Lebensbedingungen gibt, wie beispielsweise Bildung, sozioökonomischer Status, Alter und Herkunft, welche die Sozialisation von Menschen beeinflussen, ist das Erlernen von Geschlechtlichkeit eine übergeordnete Entwicklungsaufgabe, die alle anderen Lernerfahrungen durchdringt. Geschlecht ist nach wie vor eines der dominantesten Ordnungskriterien in unserer Gesellschaft und bildet ein sehr handlungswirksames und grundlegendes gesellschaftspolitisches Strukturierungsprinzip. Um sozial überleben zu können, müssen wir einem Geschlecht zugeordnet und als solches erkennbar sein. Daher gehen Vergesellschaftung und Sozialisation immer auch mit Vergeschlechtlichung einher. Das kulturelle, soziale und politische System unserer Gesellschaft ist von der Annahme geprägt, dass sich Menschen eindeutig danach unterscheiden lassen, ob sie männlich oder weiblich sind. Mit dieser Klassifikation sind spezifische Wahrnehmungen, Zuschreibungen, Hierarchien und Vorannahmen verbunden, die wiederum weitere soziale Interaktionen beeinflussen.

Seit den 1990er Jahren wird die Vorstellung einer eindeutigen und stabilen geschlechtlichen Identität, die im Sozialisationsprozess erzeugt wird, hinterfragt. Der Perspektive vergeschlechtlichter Sozialisation wird vorgeworfen, das alltagsweltliche Modell von Geschlecht als binärer Kategorie durch die Voraussetzung eines geschlechtsspezifischen Unterschieds selbst zu reifizieren, indem es zum Ergebnis von Sozialisationsprozessen erklärt wird. Zudem würden andere Zugehörigkeits- und Differenzdimensionen, die quer zu den Geschlechtern verlaufen, überblendet und die Perspektive dadurch auf Geschlecht reduziert. Carol Hagemann-White schlägt daher eine Abkehr vom Sozialisationsparadigma vor und formuliert in der "Null-Hypothese", "dass es keine notwendige, naturhaft vorgeschriebene Zweigeschlechtlichkeit gibt, sondern nur verschiedene kulturelle

Konstruktionen von Geschlecht". Diese Perspektive ermöglicht, die Verwobenheit von Geschlecht mit anderen symbolischen Differenzkategorien innerhalb derselben Kultur zu sehen.

Was wir tun, um ein Geschlecht zu sein

In der mikrosoziologischen Perspektive richtet sich der Blick auf alltägliche Praktiken und Interaktionen, durch die Zweigeschlechtlichkeit nicht nur dargestellt, sondern - so ein zentrales Ergebnis dieser Perspektive - erst hervorgebracht wird. "Geschlecht ist nicht etwas, was wir haben, schon gar nicht etwas, was wir sind. Geschlecht ist etwas, was wir tun." Diese These hat unter dem Schlagwort des *doing gender* Eingang in die sozialwissenschaftliche Diskussion gefunden und betrachtet mit Hilfe von Handlungstheorien, wie sich die Akteur_innen innerhalb einer gesellschaftlichen Struktur aktiv und interaktiv die auf die jeweiligen Geschlechterrollen bezogenen Normen, Regeln und Strukturen aneignen und handelnd weitergeben. Die Geschlechterdifferenz kann somit als ein Resultat der Alltagspraktiken von Menschen verstanden werden, die sich kontinuierlich zu Frauen und Männern machen beziehungsweise gemacht werden. Stefan Hirschauer betrachtet Geschlecht daher als Vollzugswirklichkeit, durch Gleichzeitigkeit von Darstellung und Zuschreibung (Attribution).

Doing gender funktioniert also sowohl über das alltägliche Verhalten als auch über die alltägliche Wahrnehmung.

In ihrem alltäglichen Verhalten bringen Menschen permanent zum Ausdruck, in welche Geschlechtskategorie sie eingeordnet werden. Jedes Individuum ist dafür verantwortlich, das eigene Geschlecht "richtig" darzustellen und muss lernen, den eigenen Körper so darzustellen, als sei er natürlich so. Die Ressourcen dafür sind beispielsweise Kleidung, Mimik, Gestik, Stimme oder Nutzung von Räumen. Über die alltägliche Handlungspraxis schreibt sich die Kultur in den Körper ein, wodurch die Darstellung zur Essenz der sozialen Wirklichkeit wird. Geschlecht ist somit selbst eine Repräsentation, wird aber so selbstverständlich dargestellt, dass es als natürlich angenommen wird. Durch die Verschleierung der Dar- und Herstellungspraxis kommt es zur Naturalisierung von Geschlecht. Dies geschieht in einem zirkulären Prozess: Lippenstift ist beispielsweise ein traditionellerweise von Frauen benutzter Körperschmuck und wird dadurch zu einem weiblichen Objekt, woraufhin Personen, die Lippenstift benutzen, weiblich beziehungsweise verweiblicht werden. So wirkt es auf Betrachtende, als habe der Körper den Darstellungen zugrunde gelegen, und diese seien lediglich sein natürlicher "Verhaltensausdruck".

Jeder alltäglichen Wahrnehmung von Menschen und jeder sozialen Interaktion geht zudem eine Geschlechtszuordnung der Interaktionspartner_innen voraus. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen der Geschlechtszuweisung, welche einmalig bei der Geburt erfolgt und sich an den Genitalien orientiert, und der Geschlechtszuschreibung (Geschlechtsattribution), bei der es sich um einen kontinuierlichen interaktiven Prozess handelt, der ebenfalls an gesellschaftlichen Normen und Regeln orientiert ist. Jedes Individuum ist als Interaktionspartner_in gleichzeitig verpflichtet und befähigt, einer anderen Person ein Geschlecht, das sozial und kulturell sinnvoll ist, zuzuschreiben. Wenn wir einer Person kein Geschlecht zuordnen können, bekommen wir gravierende handlungspraktische Probleme. Die Blamage einer Verwechslung grenzt situativ sowohl den_die Verwechselte_n aus der Ordnung anerkannt eindeutiger Geschlechter als auch den_die Sich-Irrende_n aus der Gemeinschaft kompetenter Teilnehmer_innen aus. Das heißt, jede_r ist nicht nur für das eigene Geschlecht verantwortlich, sondern auch immer für das der anderen an einer Handlung beteiligten Personen. Dadurch arbeiten Betrachtende mit den Darstellenden - meist unbewusst - zusammen. Ist die Zuschreibung erfolgt, werden die jeweiligen Einzelheiten der Interaktion eingeordnet und die richtigen Genitalien werden, da sie nicht sichtbar sind, unterstellt. Daraus folgt, dass "die kulturelle Wirklichkeit zweier Geschlechter aber (...) nicht aus einem Unterschied der

Genitalien 'folgen' kann, da sie Geschlechtszeichen nur im bereits bestehenden Kontext dieser Wirklichkeit sind". Geschlecht ist also ein Effekt sozialer Prozesse, und nicht deren Basis. Die Deplausibilisierung des Körpers als Essenz von Geschlecht rückt gesellschaftliche Geschlechternormen in den Bereich des Hinterfragbaren und eröffnet den Spielraum für nicht normative, geschlechtliche Existenzweisen (wie beispielsweise Trans* und Inter*), soziale Intelligibilität zu beanspruchen.

Mehrdimensionalität von Geschlecht

Nach Suzanne Kessler und Wendy McKenna gibt es einen *common sense* der Zweigeschlechtlichkeit in unserer Gesellschaft. Dieser gehe davon aus, "dass es ausschließlich zwei Geschlechter gibt, dass diese zwei Geschlechter biologisch/natürlicherweise gegeben sind und sich im Laufe eines Lebens niemals ändern, dass alle Personen ausnahmslos und natürlicherweise einem Geschlecht angehören und dass die Genitalien als der objektive Beweis eines Geschlechts gelten". Durch dieses alltagsweltliche Wissen um die Geschlechterdifferenz ist jedes Individuum genötigt, eine eindeutige Geschlechtsidentität zu haben und ein eindeutiges Geschlecht zu verkörpern. Die Strukturen der Zweigeschlechtlichkeit lassen somit wenig Raum für geschlechtliche Existenzweisen jenseits der binären Kategorien. Welches Geschlecht wir haben beziehungsweise welches Geschlecht uns zugeordnet wird, spielt in unserer Gesellschaft nach wie vor eine große Rolle und beeinflusst unser alltägliches Leben, da mit der Bestimmung von Genus-Gruppen eine soziale Verortung von Männern und Frauen einhergeht. Die zweigeschlechtliche Ordnung hat ein erstaunliches Beharrungspotenzial und bestimmt nicht nur die gesellschaftliche Struktur, sondern auch unseren Handlungsrahmen (*doing gender*) und die Möglichkeiten sprachlicher Bezeichnung.

Geschlecht kann als das Ergebnis eines langwierigen gesellschaftlichen Prozesses betrachtet werden, der sowohl den scheinbar natürlichen Geschlechtskörper als auch Geschlechterrollen, -normen und -identitäten umfasst. Die verschiedenen Zugänge, Geschlecht aus soziologischer Perspektive zu analysieren (Handlungen, Sprache, Strukturen), sind äußerst vielschichtig und ergänzen sich wechselseitig. Nur eine Dimension zu berücksichtigen, würde der Komplexität und Wirkmächtigkeit des Phänomens nicht gerecht. In der aktuellen Geschlechtersoziologie mehren sich daher die Stimmen, nicht nur die Verwobenheit verschiedener Analyse-Ebenen zu berücksichtigen, sondern auch weitere, häufig mit Geschlecht verknüpfte, Positionen in den Blick zu nehmen. Geschlecht wird aus dem Zentrum der Analyse gerückt, dafür aber in den Kontext weiterer, soziale Ungleichheit generierender Strukturkategorien - wie Klasse/Schicht, Ethnizität, Nationalität, sexueller Orientierung - gestellt. Dadurch soll gezeigt werden, dass keine dieser Kategorien alleine steht, sondern sowohl für sich als auch im Bezug auf und Zusammenspiel mit den anderen reifizierend auf gesellschaftliche Diskurse wirkt und einen konstituierenden Effekt bei der Herstellung des gesellschaftlichen Körpers, und damit sozialer Ungleichheiten, hat.

Checkliste zur Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren (Stand 19.12.2018)

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliches und Definition	Seite 1
2. Rahmenbedingungen	Seite 3
3. Handlungsempfehlungen	Seite 3
4. Phasen des Beteiligungsverfahrens	Seite 3
4.1 Anlass bzw. Entstehung der Idee	Seite 3
4.2 Vorbereitungsphase	Seite 4
4.3 Planungsphase	Seite 4
4.4 Öffentlichkeitsphase	Seite 4
4.5 Durchführungsphase	Seite 5
4.6 Evaluierungsphase, Umsetzungsphase	Seite 5
5. Anwendung der Checkliste	Seite 5
6. Checkliste	Seite 6
Anhang	Seite 15

1. Grundsätzliches und Definition

In der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses, des Planungsausschusses und des Finanzausschusses vom 21.11.2012 wurden mehrere Stadtratsanträge zum Thema Bürgerbeteiligung behandelt. In der Beschlussvorlage wurde der Ist-Stand der Bürgerbeteiligungsverfahren und -maßnahmen bei der Landeshauptstadt München dargestellt.

Als Fazit wurde festgehalten, dass bei der Landeshauptstadt München durch zahlreiche Bürgerbeteiligungsaktivitäten der Bürgerinnen und Bürger in großem Umfang und in vielfältiger Weise angesprochen werden. Dadurch erhalten sie unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten an der Stadtpolitik und kommunalen Aufgaben. Dafür hält die Landeshauptstadt München ein breites Angebot an Methoden vor, um Bürgerinnen und Bürger für kommunalpolitische Themen und so auch für Kommunalpolitik zu interessieren.

Dieses Angebot soll weiterentwickelt und verfeinert werden.

Mit Beschluss des gemeinsamen Verwaltungs- und Personalausschusses, des Planungsausschusses und des Finanzausschusses vom 21.11.2012 (Aktualisierung durch Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.12.2018) wurde die Verwaltung beauftragt, eine Checkliste zu erarbeiten:

- die sowohl praktische Hinweise für die Durchführung von freiwilligen Maßnahmen der Bürgerbeteiligung enthält,
- als auch Grundlagen einer wirkungsvollen Bürgerbeteiligung formuliert.

Die Durchführung künftiger Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung soll dadurch verfeinert und vermeidbare Fehler ausgeschlossen werden.

Zunächst ist zu unterscheiden, ob die Bürgerbeteiligung durch eine gesetzliche Regelung vorgegeben ist oder auf freiwilliger Basis erfolgt. Für gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligungsverfahren bestehen bereits jahrelange Erfahrungen, die durchaus auch ergänzend zur Checkliste herangezogen werden können.

Eine klare, allgemeingültige oder rechtliche Definition für ein freiwilliges Bürgerbeteiligungsverfahren gibt es derzeit nicht. Ziel der Bürgerbeteiligung ist es Argumente, Meinungen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu erfahren, diese bei den Entscheidungen zu würdigen und soweit als möglich zu berücksichtigen. So können Entscheidungen und Meinungsbilder gemeinsam getragen und verwirklicht werden. Damit dies gelingt, müssen unterschiedliche Positionen aufgezeigt und ggf. Kompromissmöglichkeiten benannt werden. Auch im Leitbild der Landeshauptstadt München wird die Bürgerschaft nicht nur als Kundschaft gesehen, die städtische Einrichtungen nutzt, sondern auch als gestaltende Kraft, die durch ihr Engagement die Grundlinien der Stadtpolitik mit beeinflusst.

Im städtische Zielesystem sind die Leitlinien der Perspektive München und die darin enthaltenen Zielvorstellungen verankert. Über die Ziele der Stadtentwicklung müssen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert und in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Dies öffnet den Weg hin zu einer aktiven gestaltenden Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger an städtischen Vorhaben in sozialen, kulturellen, planerischen, baulichen und bildungsorientierten Bereichen.

Eine aktive kommunale Beteiligungskultur ist nicht nur für Planungen und Umsetzungen einzelner Projekte wichtig. Bürgerbeteiligungen sind auch immer Ausdruck einer demokratischen Stadtgesellschaft. Bürgerbeteiligung fördert unter anderem auch das Verständnis für demokratische Entscheidungswege. Im besten Fall können dadurch die Bürgerinnen und Bürger den behördlichen Entscheidungen mehr Verständnis und Akzeptanz entgegenbringen. Durch die Einbindung der Bürgerschaft in Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung, die z.B. einen engen Bezug zum räumlichen Umfeld der betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben, kann der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden. Bürgerbeteiligung und Beteiligung an demokratischen Prozessen beginnt vor der eigenen Haustür.

Auch wenn die Beteiligungsverfahren für die Verwaltung mit einem erhöhten zeitlichen, personellen und finanziellen Aufwand verbunden sind, stehen dem auch eine Vielzahl von Vorteilen gegenüber. So kann lokales Wissen mit dem Fachwissen der Verwaltung verknüpft werden. Andere Sichtweisen können frühzeitig erkannt und bei der Erarbeitung von

Lösungen mit berücksichtigt werden. So führt die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu einer Verbesserung der Qualität von Planungen und Entscheidungen. Der Konsens zwischen Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung steht im Vordergrund, Konflikte werden reduziert bzw. können frühzeitig erkannt und positiv gelöst werden. Insgesamt erzeugt der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger bei allen Beteiligten mehr Verständnis und Toleranz und die Akzeptanz für öffentliche Projekte wird erhöht. Die Stadtverwaltung lernt aus jedem Verfahren und verbessert ihre Flexibilität und Reaktionsfähigkeit.

2. Rahmenbedingungen

Ein freiwilliges Bürgerbeteiligungsverfahren unterliegt keinen gesetzlichen Vorgaben bei der Durchführung, trotzdem ist es für eine erfolgreiche Durchführung erforderlich im Vorfeld klare Regelungen zu treffen. Dabei müssen Zuständigkeiten und Befugnisse klar definiert und Kriterien für den Umgang mit den in den Bürgerbeteiligungsverfahren erarbeiteten Ergebnissen verbindlich festgelegt werden.

Verwaltung und Politik müssen bereit sein, die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen und den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens offen begegnen. Die politischen Grenzen müssen geklärt und offen kommuniziert werden. Jedes Verfahren muss für alle Beteiligten relevant sein und einen Nutzen erkennen lassen.

3. Handlungsempfehlungen

Demzufolge ist es wichtig, im Vorfeld Überlegungen über die Art der Durchführung, die Ziele und den Nutzen des geplanten Verfahrens und die Umsetzung der Ergebnisse anzustellen.

Dazu müssen folgende Themen geklärt werden:

- die Ziele des Projekts
- die Relevanz des Projekts
- der Nutzen des geplanten Verfahrens für die Beteiligten
- der Handlungsspielraum der Beteiligten
- die auf geschlechtergerechte, interkulturelle und inklusive Repräsentanz geprüften Zielgruppen
- die Art und die Methoden der Durchführung
- die Verantwortlichkeiten
- die Umsetzung der Ergebnisse

4. Phasen des Beteiligungsverfahrens

Jedes Bürgerbeteiligungsverfahren gliedert sich in verschiedene Phasen:

4.1. Anlass bzw. Entstehung der Idee

Bei einem gleichberechtigten Nebeneinander von Stadtverwaltung und Bürgerschaft kann der Anlass für ein Bürgerbeteiligungsverfahren auf Initiative der Verwaltung oder der Bürgerinnen und Bürger zurück gehen.

- Die Stadtverwaltung möchte ein Projekt verwirklichen, das Auswirkungen auf die Bürgerschaft hat.
- Die Bürgerinnen und Bürger signalisieren von sich aus Interesse an der Beteiligung für ein bestimmtes Vorhaben der Stadt.
- Die Bürgerinnen und Bürger schlagen ein Thema vor und fordern die Beteiligung an

der Planung und Umsetzung ein.

Bereits in dieser frühen Phase sind erste Überlegungen zu den unter Punkt 3 genannten Themen erforderlich.

4.2. Vorbereitungsphase

Weitergehende Planungen und Überlegungen zu folgende Punkten stehen an:

- was ist Gegenstand der Bürgerbeteiligung, das Thema wird festgelegt
- was ist im Vorfeld passiert, wie kann sich dies auf das Verfahren auswirken
- welche Ziele werden mit dem Beteiligungsverfahren verfolgt,
- wer muss an dem Verfahren seitens der Verwaltung beteiligt werden
- was ist bei der Entwicklung des Konzepts zu beachten
- welche Zielgruppen der Bevölkerung sind von der Planung betroffen
- wie ist die aktuelle Lage vor Ort
- welche organisierten Akteure (z.B. Streetworker etc.) gibt es vor Ort
- welche Gruppierungen von vor Ort ansässig (z.B. Vereine, Jugendeinrichtungen, Bürgerhäuser)
- für welche Zielgruppen verbessert, für welche verschlechtert sich die aktuelle Lage vor Ort durch die Planung (Nutzungskonkurrenz: Verdrängung versus Berücksichtigung der Nutzung von bisher nicht nutzenden Gruppierungen und Zielgruppen, auch in Bezug auf Geschlecht?)

4.3. Planungsphase

Ein gut durchdachtes Projektmanagement muss für die erfolgreiche Durchführung des Beteiligungsverfahrens aufgebaut werden. Unter anderem beinhaltet dies:

- Handlungsspielraum der Beteiligten erörtern und festlegen
 - Verantwortlichkeiten festlegen
 - Entscheidungskompetenzen festlegen
 - Verbindlichkeit der Ergebnisse festlegen
- Festlegung eines Zeitrahmens
- Ressourcenplanung
- Planung der Öffentlichkeitsarbeit
- Einzugsbereich des Beteiligungsprojekts festlegen
- Zielgruppen definieren
- Auswahl Methoden des Verfahrens
- Raumfrage klären
- Umgang mit Konflikten, Konfliktmanagement
- Wer führt den Beteiligungsprozess durch? Die Moderation muss geschlechtergerecht aufgestellt sein, geschlechtersensibel agieren und gleichstellungsorientierte Methoden einsetzen. Dies gilt sowohl für Verwaltungskräfte als auch für externe Moderation als auch ggf. für ehrenamtliche ausgebildete Moderator_innen, die Beteiligungsverfahren durchführen

4.4. Öffentlichkeitsphase, Start des Beteiligungsprozesses

Umfassende und frühzeitige öffentliche Information der Zielgruppen über den Anlass, den Hintergrund und die Ziele des Beteiligungsverfahrens durch:

- Information über das geplante Verfahren
- Vorstellung der Ansprechpartner/innen seitens der Stadtverwaltung
- Durchführung einer Auftaktveranstaltung

- Vereinbarung von Inhalten und Spielregeln
- Klärung des Handlungsspielraums

Die Öffentlichkeitsarbeit und alle Informationen an die Bürgerinnen und Bürger muss so gestaltet sein, dass sich Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen und ermutigt fühlen, am Prozeß teilzunehmen.

4.5. Durchführungsphase

Je nach Größe und Umfang des Beteiligungsverfahrens gibt es Unterschiede bei der Auswahl der Methoden und der Steuerung um verschiedene Zielgruppen zu erreichen. In dieser Phase werden die Zielgruppen mit eingebunden, die gemeinsame lösungsorientierte Arbeit am Projekt steht im Vordergrund.

Beispielhaft kann das geschehen durch:

- Durchführung einer Auftaktveranstaltung
- Durchführung von Workshops
- Bildung von Arbeitsgruppen
- Präsentation der Ergebnisse daraus
- Dokumentation des Verfahrens und der Ergebnisse

Bei der Bildung von Workshops, Arbeitsgruppen oder sonstigen Erarbeitungsgruppierungen ist ebenfalls auf die unter Punkt 3 genannten Repräsentanzen zu achten. Bei der Dokumentation ist es entscheidend, festzuhalten, wenn Frauen und Männer unterschiedliche Gewichtungen vornehmen und Interessen vortragen, damit besondere Bedarfe in den Beteiligungsergebnissen berücksichtigt werden und auch in weitere Planungen einfließen können.

4.6. Evaluierungsphase, Umsetzungsphase, Ausblick

Nach Abschluss des Verfahrens erfolgt die Evaluierung. Die Ergebnisse werden aufbereitet und veröffentlicht.

Die Bürgerschaft wird über die Umsetzbarkeit der Vorschläge und den zeitlichen Rahmen des weiteren Vorgehens informiert.

Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess fließen in weitergehenden Planungen ein.

Die Bürgerschaft wird über die Umsetzung der Ergebnisse informiert und am Umsetzungsprozess in geeigneter Form beteiligt.

5. Anwendung der Checkliste

Diese Checkliste soll künftig die Referate unterstützen, die ein formloses (freiwilliges) Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen möchten und bezieht sich nur auf den Bereich der Bürgerbeteiligungsverfahren, die nicht gesetzlich verankert sind. Die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren der Bürgerbeteiligung bleiben davon unberührt und sind entsprechend der dafür geltenden Vorschriften durchzuführen.

Die Vielzahl der möglichen Formen der Bürgerbeteiligung machen es unmöglich eine Checkliste zu entwickeln, die alle Facetten eines Beteiligungsverfahrens abdeckt. Vielmehr wurde bei der Erarbeitung der anhängenden Checkliste der Augenmerk darauf gerichtet Denkanstöße zu geben und eine Arbeitshilfe an die Hand zu geben. Unter Zuhilfenahme bereits bestehender Leitsätze und Anleitungen zur Bürgerbeteiligung anderer Städte, die den Bedürfnissen der Landeshauptstadt München angepasst wurden, und der Unterstützung

durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Baureferat, die beide über einen reichen Erfahrungsschatz zu dieser Thematik verfügen, wurden wesentliche Punkte erarbeitet.

Die Begegnung der Stadtverwaltung mit der Bürgerschaft soll von gegenseitigem Vertrauen geprägt sein und auf Augenhöhe stattfinden. Dazu gehören Transparenz des Verfahrens, eine bürgerfreundliche Sprache sowie Bereitschaft zur Kommunikation und Offenheit auf beiden Seiten gegenüber unterschiedlicher Interessen und Lösungsansätzen.

Diese Checkliste ist nicht abschließend, je nach Beteiligungsverfahren ist sie zu ergänzen oder/und zu modifizieren.

Eine kleine Übersicht über Ansprechpartner/innen und Internetadressen der Institutionen, die ebenfalls Leitlinien für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung erstellt haben, finden Sie am Ende der Checkliste.

6. Checkliste

1. Anlass bzw. Entstehung der Idee

- Es steht ein konkretes Vorhaben seitens der Verwaltung an
- Es wurde seitens der Bürgerschaft Interesse an der Beteiligung signalisiert
- Die Bürgerschaft fordert von der Verwaltung die Aufnahme eines Themas und die Beteiligung an der Umsetzung
- Ein Thema / Projekt wird in der Stadt (kontrovers) diskutiert

1.1 Entscheidung

Die Möglichkeit eines formlosen Bürgerbeteiligungsverfahrens wird grundsätzlich bejaht:

- auch hier evtl. gesetzliche Vorgaben abklären

2. Vorbereitungsphase

2.1 Thema festlegen

Was ist Gegenstand/Inhalt des Beteiligungsverfahrens,

- was ist im Vorfeld geschehen,
- was war der Anlass.

2.2 Ziele des Projekts formulieren

Welche Ziele verfolgt die Stadtverwaltung München mit der Durchführung des Projekts. Welchen Einfluss auf das geplante Projekt kann/soll das Beteiligungsverfahren haben?

- Ziele erarbeiten und klar benennen, schriftlich dokumentieren
- **Ziele des Projekts auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen**
- in welchen Phasen des Projekts soll die Bürgerschaft beteiligt werden?

Mögliche Ziele bzw. Funktionen der Beteiligung können sein

- Förderung von Engagement
- Sammeln von Ideen
- Ausloten von Interessen
- Vermeiden oder Lösen von Konflikten
- Planung gemeinsamer Projekte z.B im sozialen, kulturellen Bereich
- gemeinsame Gestaltung oder Umgestaltung z.B. von Bürgerzentren
- Verbessern der Qualität einer Planung
- Stärken der Beteiligungskultur
- Lernen von demokratischen Prinzipien (z.B. bei Kinderbeteiligungsprojekten)
- usw.

2.3 Beteiligte seitens der Stadtverwaltung klären und einbeziehen

- politische Ebene und evtl. politische Grenzen klären,
- politisch Verantwortliche informieren und einbinden,
- Unterstützung sichern durch OB, Stadtrat,
- Klärung ob ein Stadtratsbeschluss erforderlich ist,
- Einbindung des entsprechenden Bezirksausschusses
- Einbindung weiterer Referate
- **Prozesssteuerung und Moderation müssen genderkompetent sowohl in der persönlichen Haltung als auch im methodischen Einsatz sein und sollte möglichst geschlechterparitätisch besetzt sein, ebenso ist Genderkompetenz bei jedem zusätzlich eingesetzten Personal (s. Punkte 3.3.2) notwendig.**

Ist eine externe Prozessteuerung gewünscht/erforderlich?

- Reicht eine Begleitung durch externe Moderator/innen aus (Beratungsdienstleistung, Projektmanagement) ?

Wenn ja:

- Soll der Prozess von Anfang bis Ende begleitet werden?
- oder reicht eine Unterstützung
 - nur bei der Projektplanung
 - nur für einzelne Bereiche
 - zur Auswertung der Ergebnisse
 - während der Öffentlichkeitsphase
 - zur Dokumentation

Bei externer Begleitung zeitlichen Vorlauf beachten (Ausschreibung) und Finanzbedarf hierfür klären.

2.4 Konzept erstellen

Die Beteiligten seitens der Stadt erarbeiten gemeinsam ein Konzept und legen den Ablauf des Beteiligungsprozesses fest unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen

- politische Rahmenbedingungen
- rechtliche Rahmenbedingungen
- finanzielle Rahmenbedingungen
- personelle Rahmenbedingungen

Hinweis:

Bei geplanten Beteiligungsverfahren, über deren Ergebnisse der Stadtrat zu entscheiden hat, ist der Stadtrat vorab mit dem Verfahren und den Rahmenbedingungen der Bürgerbeteiligung zu befassen!
(Siehe Beschluss „Bürgerbeteiligung in München“, S.24, vom 19.12.2018, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V13219)

- zeitliche Rahmenbedingungen

Inhalt des Konzepts sollte sein:

- die Ziele des Beteiligungsprozesses
- der Nutzen des Beteiligungsprozesses für die Betroffenen
- die Relevanz des Themas
- den Handlungsspielraum und die Grenzen des Verfahrens
- der geeignete Zeitpunkt und ein Zeitplan
- die Methoden des Beteiligungsprozesses
- den Finanzierungsplan
- die Chancen und Risiken des Beteiligungsprozesses
- die Umsetzung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

2.5 **Beteiligte** seitens der Bürgerschaft (Zielgruppen) eruieren

Frühzeitige Informationen einholen unter Einbindung der Bezirksausschüsse darüber, welche Interessen die verschiedenen Gruppierungen verfolgen, wie z.B. die im Stadtteil ansässigen oder aktiven

- Interessengemeinschaften,
- Bürgerinitiativen.

Welche Bevölkerungsstruktur bzw. welche Interessenschwerpunkte sind gegeben z.B. bei

- Anwohner/innen
- Mädchen und Jungen
- Grundstückseigner/innen
- Politiker/innen
- sonstigen Bürger/innen
- lokalen sozialen Trägern
- ortsansässigen Vereinen
- Institutionen
- Einzelhandel
- Sicherheits- und Ordnungskräften
- Soziale Einrichtungen wie z.B. Jugendeinrichtungen, Bürgerhäuser etc.
- usw.

Betroffene seitens der Bürgerschaft (sind nicht zwingend gleichzeitig auch Beteiligte)
Abwägen zwischen dem Gemeinwohl/Interessen der Allgemeinheit und dem Interesse der von der geplante Maßnahme unmittelbar Betroffenen

3. Planungsphase, Projektmanagement

3.1 Handlungsspielraum der Beteiligten festlegen

Seitens der Verwaltung Verantwortlichkeiten festlegen

- wer hat die Federführung aus dem Kreis der Beteiligten seitens der Stadt,
- wer übernimmt die Moderation
- wer ist wem gegenüber weisungsbefugt
- Verantwortliche für einzelne Bausteine/Phasen festlegen

Entscheidungskompetenzen festlegen

Verbindlichkeit der zu erwartenden Vorschläge der Bürgerschaft festlegen
(was geht/was geht nicht)

- was ist rechtlich möglich
- was ist finanziell möglich
- was kann personell geleistet werden

3.2 Zeitrahmen festlegen

Die Gesamtdauer des Prozesses abschätzen, (Wochen/Monate?)
- angemessene Fristen setzen, dient der Straffung des Verfahrens
(möglicher Konflikt: zügiger Verfahrensablauf/angemessene Fristen)

Bei der Festlegung des Zeitplans ist u.a. zu beachten

- Umfang der internen Vorarbeiten, z.B.
 - Beauftragung für externe Begleitung (Auswahlprozess)
 - evtl. erforderlichen Beschlussfassung durch den Stadtrat
- Personalplanung
- Abstimmung mit anderen Beteiligten seitens der Stadt

Ablauf Öffentlichkeitsphase einplanen

- Vorbereitung
- Durchführung
- Auswertung
- Rückmeldung an Öffentlichkeit
- Umsetzung, zeitliche Planung bekanntgeben, Bürger auf dem Laufenden halten

interne Abschlussarbeiten

- Info an alle Beteiligten u. Betroffenen

Umsetzungsphase des Projekts, „erster Spatenstich“

3.3 Ressourcenplanung

Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen beachten, unter Berücksichtigung aller Beteiligten seitens der Stadtverwaltung

3.3.1 Finanzplanung

- qualifizierte Kostenschätzung für die Durchführung der
Beteiligungsmaßnahme
 - dabei auch Kosten für externe Begleitung bei Finanzbedarf berücksichtigen
- qualifizierte Schätzung der finanziellen Folgen bei Umsetzung des Projekts

Finanzplan aufstellen

- welche HH-Mittel stehen zur Verfügung
- müssen weitere HH-Mittel beantragt werden,
 - Finanzierbarkeit klären

- Kosten definieren:

- Kosten für: externe Begleitung, Materialkosten, Raumkosten, Druckkosten, Beratungskosten, Aufwandsentschädigungen, evtl. Finanzreserven,
- Kostendeckung prüfen

3.3.2 Personalplanung

- eigenes Personal ausreichend oder besteht zusätzlicher Personalbedarf
 - Personalauswahlung aus anderen Organisationseinheiten möglich?

 - evtl. externes Personal nötig,
 - durch Anwerbung
 - durch beteiligte Organisationen /Interessengruppen.
- Beim Einsatz von externem Personal muss geklärt werden:
Weisungsbefugnis, Bezahlung, Versicherung

3.4 Öffentlichkeitsarbeit planen

Durch die Öffentlichkeitsarbeit wird das Verfahren transparent und bekannt

- Abt. Öffentlichkeitsarbeit einbinden,
 - wer ist für den Inhalt der Veröffentlichungen verantwortlich
 - für begleitende Printmedien evtl. Beauftragung für Grafik und Druck ausschreiben
- auf Geschlechtergerechtigkeit bei Informationszugang und Ansprache achten**

Konzept für Öffentlichkeitsarbeit erarbeiten, den erarbeiteten Zeitplan beachten s.o.

Eckdaten festlegen, z.B.:

- Beginn der Öffentlichkeitsphase
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit während des gesamten Prozesses
- Veröffentlichung der Zwischenergebnisse
- Auswertung der Ergebnisse
- Rückmeldung an die Bevölkerung
- Öffentlichkeitsarbeit während der Umsetzungsphase

Wie soll veröffentlicht werden?

Infofluss durchgängig bei allen Projektschritten mit verschiedenen Medien z.B.

- Rathausumschau
- Tageszeitung,
- Schülerzeitungen,
- Stadtteilanzeiger (was ist los im Stadtteil)
- Lokalradio /TV lokal
- Soziale Medien,
- Plattformen,
- Presse
- Plakate, Flyer, Broschüren
- Aushang BA - Schaukasten
- Bürgerversammlungen
- Einbindung in www.muenchen.de
 - Vernetzung zu aktuellen Vorhaben
 - wer übernimmt Pflege und Verantwortung für die aktuellen Maßnahmen ?
 - technische Möglichkeiten klären

Durch die Vielzahl der verschiedenen Medien sollen die unterschiedlich Zielgruppen erreicht werden.

Sollten Zweifel darüber bestehen, ob evtl. bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht

optimal erreicht wurden, könnte z.B.

- kostenloser und begleiteter Internetzugang ermöglicht werden, z.B. in MVHS, Stadtteilbibliotheken, ASZ, Jugendtreffs, Büros der Bezirksausschüsse
- Kinderbetreuung angeboten werden (um beispielsweise den Eltern die Teilnahme an einem Workshop zu ermöglichen)
- dafür erforderlichen Einsatz von Personal und Finanzen klären

3.5 Einzugsbereich des Beteiligungsprojekts festlegen

Ist das geplante Vorhaben

- nur auf den Stadtteil bezogen
- oder das gesamte Stadtgebiet
- spricht es nur bestimmte Bevölkerungsschichten an
- oder richtet es sich an alle Münchnerinnen und Münchner (besonders auch hier nach Beteiligte/Betroffene unterscheiden)

Soziale Strukturen im Einzugsbereich beachten

- Infrastruktur
- demografische Situation
- Einkommenssituation der Bevölkerung
- Anteil und Herkunft der Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Bildungsniveau
- Familien/Kinder, Jugendliche, Singles usw.
- Erwerbstätigkeit
-

Einbindung der Bürgerschaft in einem sehr frühen Stadium.

Klärung auch „ob“ eine im Stadtteil geplante Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll:

- Frage nach dem Bedarf
- Planungsphase, erste Gedanken zu Veränderung
- Meinungsbildung
- Ideenwettbewerb
- Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger

3.6 Zielgruppen eruieren

Repräsentative Zusammensetzung erwünscht, nötig, möglich?

- wie erreicht man alle Bevölkerungsgruppen/-schichten?
- wie werden die Interessen von Minderheiten vertreten, die sich nicht persönlich engagieren können/wollen?

Bevölkerungsgruppen (s.auch oben „soziale Strukturen“)

- Personen mit Migrationshintergrund (sprachliche/religiöse/kulturelle Barrieren beachten)
- Familien
- Singles
- Kinder und Jugendliche
- Seniorinnen /Senioren

- schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen
- engagierte Bevölkerungsgruppen
- Bürgerinnen und Bürger, die schwer zu motivieren sind
- Gleichgewicht zwischen den Bevölkerungsgruppen herstellen

3.7 Methoden für das Bürgerbeteiligungsverfahren auswählen

Unter Einbindung des zuständigen Bezirksausschusses und ggf. des Stadtrates (siehe Hinweis zu Ziff. 2.4) aus den unterschiedlichsten Methoden der Bürgerbeteiligung auswählen und das Verfahren festlegen. Welche Methode(n) ist (sind) für das Projekt zielführend.

z.B. im Vorfeld zur Information über das geplante Verfahren:

- Infoveranstaltung
- Stadtteilstadt
- Familientag
- Spielnachmittag

z.B. während des Verfahrens zur Einbindung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger

- Bürgerversammlungen
 - Workshop
 - Open Space
 - Zukunftswerkstatt
 - World Café
 - Ideenwettbewerb
 - Onlinedialog,
- usw.

Organisation und Durchführung (evtl. mit externer Moderation)

- soll die Teilnehmerzahl begrenzt werden?
- welche Gründe sprechen dafür/dagegen
(kleiner Gruppen evtl. besser zu moderieren, bei größeren Gruppen evtl. mehr Input, vielfältiger)
- sind die Methoden geschlechtergerecht und gleichstellungsorientiert

3.8 Raumbedarf klären

Anforderungen an die Räumlichkeiten,

- gute Erreichbarkeit, Anbindung an ÖPNV
- Barrierefreiheit
- ausreichende Größe
- räumliche Nähe zum Objekt/Projekt
- Kosten für Raumanmietung
- erforderliche technische Ausstattung

Räume unterschiedlicher Größe werden benötigt je nach Art der Methoden z.B. für

- die Auftaktveranstaltung bzw. die Abschlussveranstaltung
- Workshops während des Beteiligungsverfahrens

- für regelmäßige Arbeitsgruppen seitens der Verwaltung und/oder seitens der Bürgerschaft
- für das Verfahren begleitende Infoveranstaltungen

3.9 Konfliktmanagement im Vorfeld aufbauen für zeitnahe Reaktion

Überlegungen über mögliches Konfliktpotential, evtl. Vorgeschichte einbeziehen:

- welche Konflikte zwischen den Beteiligten seitens der Verwaltung/Politik könnten entstehen?
- welche Konflikte zwischen den Beteiligten/Betroffenen seitens der Bürgerschaft könnten entstehen?
- welcher Konflikt zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung könnten entstehen?
 - welche Lösungsmöglichkeiten sind denkbar?
 - welche Personen/Abteilungen müssen zur Lösung des Konflikts einbezogen werden (evtl. externe Moderation, Rechtsabteilung)?
- gibt es Maßnahmen im Vorfeld, um Konflikte zu vermeiden bzw. einzudämmen (z.B. offener Umgang mit unterschiedlichen Interessen)?

Offener Umgang mit Konflikten, zum einen intern in der Verwaltung aber auch nach außen bei Konflikten während des Beteiligungsprozesses mit den unterschiedlichen Interessengruppen

- Spielregeln vereinbaren (z.B. Länge der Redebeiträge)
- offene Diskussion
- externe Moderation
- zeitnahe Dokumentation
- offene Kommunikation
- Ergebnis festhalten und veröffentlichen
- in schwierigen Fällen: Mediation

4. Öffentlichkeitsphase, Start des Beteiligungsprozesses

4.1 Information der Öffentlichkeit

Information über das geplante Verfahren z.B. im Rahmen einer Auftaktveranstaltung

- über Inhalt und Thema
- Information der Öffentlichkeit über die Beteiligten seitens der Stadt
- Vorstellung der Ansprechpartner/innen seitens der Stadtverwaltung bzw. der externen Moderatorinnen und Moderatoren

Vorstellung der geplanten Methoden des Beteiligungsverfahrens

4.2 Vereinbarung von Inhalten und Spielregeln

- Verbindlichkeit der Vorschläge und der Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren festlegen und an Öffentlichkeit kommunizieren
- Information an Bürgerschaft über finanzielle oder rechtliche Grenzen
- Information über die von der Stadtverwaltung einzuhaltenden Rahmenbedingungen

- Information über den geplanten Zeitrahmen
- Information über das vorgesehene Konfliktmanagement

5. Durchführungsphase

- Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen (s.o. Methoden der Beteiligung)
- z.B. Workshop, Bildung von Arbeitsgruppen
 - Präsentation der Ergebnisse daraus

Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

- Information über Teilergebnisse
- Information der folgenden Verfahrensschritte
 - ggf. über E-Mail-Verteiler für Interessierte

5.1 Dokumentation des gesamten Beteiligungsprozesses

laufende Dokumentation

- aller Verfahrensschritte
- der erarbeiteten Ergebnisse
- der Abstimmungsprozesse zwischen Verwaltung und Bürgerschaft
- der abgestimmten Ergebnisse

5.2 Rückmeldung an Öffentlichkeit

Rückmeldung unerlässlich für ein transparentes Verfahren, die Anregungen der Bürgerschaft müssen verfolgt werden.

- Information darüber welche Anregungen in die Planungen mit aufgenommen werden
- Information darüber welche Anregungen nicht umgesetzt werden können
- Hinterungsgründe verständlich darstellen

5.3 Abschluss des Beteiligungsprojekts

Abschlussarbeiten

- Stadtrat oder andere Gremien über das Ergebnis informieren
- weiteres Vorgehen mit Stadtrat (siehe auch Hinweis zu Ziff. 2.4) oder anderen Gremien klären und Meilensteine festlegen
- Öffentlichkeit über das Ergebnis informieren
- erfolgreichen Abschluss des Projekts entsprechend bekannt machen

6. Evaluierungsphase, Umsetzungsphase, Ausblick

Aufbereitung der Ergebnisse

Information der Bürgerschaft über die Umsetzbarkeit der Vorschläge und den zeitlicher Rahmen für die Verwirklichung

Zwischenberichte an die Bürgerschaft über den Fortschritt des gemeinsam entwickelten Projekts

Anhang

Wichtige Adressen und Ansprechpartner/innen (stadtintern)

Umfassende Erfahrung bei der Durchführung von Bürbeteiligungsverfahren besitzen:

- das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, PlanTreff, Tel. 089/233-22942
- das Baureferat, Tel. 089/233-60329

Literatur und Links: (beispielhaft)

Handbuch Bürgerbeteiligung – Bundeszentrale für politische Bildung
ISBN 978-3-8389-0200-5

Handbuch zur Partizipation Berlin,
mit einer Übersicht über die unterschiedlichen Methoden der Bürgerbeteiligung und
umfangreicher Checkliste im Anhang,
ISBN 978-3-88961-317-2

Internetfassung <http://stadtenwicklung.berlin.de>

Leitfaden Online-Konsultation

Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet
www.online-konsultation.de/leitfaden

Mehr Partizipation wagen, Handlungsempfehlungen für Kommunen, Bertelsmann Stiftung
(Hrsg.)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung,
Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetages
ISBN 978-3-88082-259-7

www.staedtetag.de

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und
Prüffragen, 2013. Deutsches Institut für Urbanistik, ISBN 978-3-88118-524-0,

www.difu.de

vhw-Kommunikationshandbuch, Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der
Stadtgesellschaft, 2013, ISBN 978-3-87941-956-2,

www.vhw.de

Bürgerbeteiligung in der Praxis

Ein Methodenhandbuch

Stiftung Mitarbeit & ÖGUT (Hrsg.)

Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52

Verlag Stiftung Mitarbeit Bonn 2018

1. Auflage, 320 Seiten, ISBN 978-3-941143-34-6

www.mitarbeit.de/publikationen/shop

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

www.stark-durch-beteiligung.de

www.muenchen-mitdenken.de - Informationsplattform zur Bürgerbeteiligung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung (ab Mitte Januar 2014)

Ausführliche Darstellung und Beschreibung der Modelle und Methoden der Bürgerbeteiligung sind zu finden unter :

www.buergergesellschaft.de/politsche-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung

Bei Rückfragen und Anregungen zur Checkliste wenden Sie sich bitte
- an das Direktorium, D-I-ZV-1, [REDACTED], Tel. 089 / 233-92545,
E-Mail: [REDACTED]@muenchen.de

Mit Beteiligungsprozessen und Gender Planning zu inklusiven Freiräumen

Barbara Willecke

Beteiligung und Diversity sind einander ergänzende und bekräftigende Werkzeuge auf dem Weg zu gesellschaftlicher Vielfalt und vielfältiger Teilhabe. Inklusion wird in diesem Zusammenhang als denkbar weit gefasster Begriff des Miteinanders genutzt, der alle Arten von Herkunft, Prägung, Interessen, Einschränkungen, Lebenslagen sowie sämtliche daraus erwachsende Potentiale und Bedürfnisse in den Blick nimmt. Diese Sichtweise kann und sollte die Basis unterschiedlichster demokratischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse sein.

Im Folgenden sollen im Sinne von Inklusion (inkluding – Einbeziehung) die Instrumente Beteiligung, Gender Planning und -Diversity als Werkzeuge im Vorfeld der Neu- oder Umgestaltung öffentlicher Freiräume vorgestellt werden.

Chancengleichheit und Vielfalt: Gender Planning

Gender Planning als Instrument der Freiraumplanung macht Schluss mit Gestaltungen, die gängige Rollenbilder aufgreifen und festigen. Gendergerechte Freiräume befriedigen generations- und kulturübergreifende Bedürfnisse aller denkbaren Nutzerinnen und Nutzer, sie sind flexibel nutzbar und mit Bedacht strukturiert. Im Kontext gendergerechter Stadtplanung bieten sie zeitgemäße Antworten auf Themen wie Integration, Familien- und Erwerbsarbeit, lebenslanges Wohnen, Inklusion, Quartiersbildung, Identifikation u.v.m.

Gender Mainstreaming ist zunächst ein politischer Leitgedanke zur Förderung der Chancengleichheit aller Bevölkerungsgruppen und in allen Lebensbereichen. Mit Gender Planning etabliert sich ein Planungsansatz, der die Chancengleichheit zu einem wesentlichen Kriterium einer umfassenden, effizienten, nachhaltigen und damit erfolgreichen Planung macht. Dabei geht der Begriff der Chancengleichheit weit über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hinaus. Gemeint ist viel mehr, allen alles zu ermöglichen. Gender meint nicht Frauenparkplätze aber sehr wohl chillende Jungs, fußballspielende Mädchen, sportliche Rentnerinnen und Väter im Spielsand. Je größer das Spektrum derer ist, für die ein Freiraum entwickelt wurde, je mehr Menschen ihre spezifischen Bedürfnisse an einem Ort berücksichtigt sehen, je vielfältiger die Schnittmengen und Begegnungsmöglichkeiten, um so attraktiver ist ein Ort. Gleichzeitig steigt das Sicherheits- und Zugehörigkeitsempfinden, je stärker ein Platz von unterschiedlichen Nutzungsgruppen frequentiert wird. Klare Strukturen unterstützen zusätzlich die individuelle Verhaltenssicherheit, nehmen Schwellenängste und vermeiden Konflikte. Die auf diese Weise gestalteten Freiräume fördern Integration, Interaktion und Begegnung. Sie wirken mittels Gestaltung und Ausstattung gängigen Rollenbildern entgegen, indem sie ermöglichen und ermutigen.

Beteiligung inklusiv(e)

Beteiligungsverfahren geben die Möglichkeit zu demokratischen Aushandlungsprozessen als Basis für bedürfnisorientierte, gendergerechte Planungen, aus denen gut frequentierte, vielfältig nutzbare Lieblingsorte entstehen.

Unter dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ versammeln sich seit einigen Jahren viele verschiedene Beteiligungsansätze und -methoden. Wir verwenden im Folgenden den geschlechtsneutralen Begriff „Beteiligungsverfahren“ und plädieren für individuell entwickelte Beteiligungsmethoden, die sich auf den konkreten Ort und all seine potentiellen Nutzerinnen und Nutzer beziehen.

Barbara Willecke, Inhaberin des Landschaftsarchitekturbüros *planung.freiraum* berlin/köln

Kinder, Jugendliche, Anwohnerinnen und Anwohner unterschiedlichen Alters und in diversen Lebenslagen nehmen ihr Umfeld unterschiedlich wahr und haben verschiedene Ansprüche an Freiräume. Beide Aspekte machen sie zu Alltagsexpertinnen und –experten, deren komplexes Wissen „am Reißbrett“ nur schwer erdacht und verstanden werden kann. Die Aufgabe von Beteiligungsprozessen besteht zunächst darin, diesen Wissensschatz zu heben, indem möglichst viele Personen stellvertretend für ihre Nutzungsgruppen befragt werden. Gleichzeitig bekommen die Planenden Gelegenheit, die Orte mit den Augen der künftigen Nutzerinnen und Nutzer zu sehen. Dieser Wissens- und Erfahrungsaustausch wird von den Beteiligten als Wertschätzung wahrgenommen und fördert auch im Weiteren die Akzeptanz einer Umgestaltung. Die Erfahrung zeigt, dass umfassende Beteiligungsverfahren eine ausgezeichnete Vandalismusprävention sind, weil über die Beteiligung an der Planung eine Identifikation mit dem Ort stattfindet, die auch auf lange Sicht lesbar und wirksam bleibt.

Deshalb ist bereits beim Auftakt des Prozesses darauf zu achten, dass alle potentiellen Nutzungsgruppen möglichst gleichberechtigt erreicht werden. Je breiter das Spektrum derer ist, die sich im Rahmen von Beteiligungsprozessen einbringen, umso lebendiger und friedlicher ist später das Mit- und Nebeneinander und umso größer wird auch die soziale Kontrolle sein. Dabei ist es besonders wichtig, die Gruppen einzubeziehen, die sonst nicht oder schwer erreichbar, dominant oder aber weitgehend unsichtbar sind, da gerade deren Integration hilft, Konflikte zu vermeiden.

Ein Beteiligungsverfahren erfordert neben der Erforschung individueller und gruppenspezifischer Bedürfnisse auch den Prozess der Aushandlung von Nachbarschaften, sich überschneidender oder widersprechender Interessen. Das Ergebnis solcher Prozesse sind Schwimmbäder ohne Wasserbecken, Reisen ohne Gepäck, das Gefühl von draußen zu Hause - Orte die interkulturell und generationsübergreifend lesbare Stimmungen vermitteln, von denen viele sich angesprochen fühlen und an denen alle mitwirken.

Die räumlich-funktionale Struktur eines Ortes, gut eingebunden in die Umgebung, lesbar in ihren Zonen und Übergängen, ist der alles bestimmende Grundton, der aus einem Beteiligungsprozess hervorgeht. Pflanzungen, Ausstattungselemente, Farbigkeit und Materialien machen aus dem Grundton Musik, ein lebendiges Ganzes.

Kosten und Wert von Beteiligungsverfahren

Das vor der Planungsphase bereitgestellte Budget für Konzeption, Durchführung und Auswertung eines Beteiligungsverfahrens gewährleistet u.a. umfassende Partizipation im Sinne des Gender Budgeting, indem die bevorstehenden baulichen Investitionen geschlechter- und generationengerecht allen zu Gute kommen. Darüber hinaus entsteht ein realer Mehrwert, weil inklusive Orte von mehr Menschen frequentiert werden – gendergerechte Investitionen nützen damit nicht nur einem breiteren sondern auch einem größeren Spektrum der Bevölkerung.

Auch vor dem Hintergrund der Kosten eines Beteiligungsverfahrens sollte am Anfang eines solchen Prozesses die Entscheidung stehen, wie mit den Beteiligungsergebnissen umgegangen wird: Beeinflussen sie im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten die anstehende Planung, nehmen sie Einfluss auf Struktur, Ausstattung und Ästhetik oder dienen sie nur als Entscheidungsgrundlage für andere Gremien? Diese Fragestellung ist von besonderer Wichtigkeit, weil die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Partizipationsprozessen wissen möchten, wie mit ihrer besonderen Expertise, ihren konkreten Bedürfnissen umgegangen wird. Nichts ist schlimmer für das Demokratieverständnis und das Interesse an Teilhabe, als Beteiligungen, deren Ergebnisse nicht umgesetzt werden.

Barbara Willecke, Inhaberin des Landschaftsarchitekturbüros *planung.freiraum* berlin/köln

Zum Wert der hier beschriebenen Beteiligungen gehört auch, dass die Teilnehmenden Transparenz in Verbindung mit Selbstwirksamkeit erleben. Alle können im Laufe des Prozesses erleben, dass ihre individuelle Teilhabe einen Unterschied macht, sie Einfluss nehmen und damit wirksam werden können.

„Macht alle mit!“ – Beteiligung konkret

Im Idealfall fällt vor Beginn des Beteiligungsprozesses die Entscheidung zur Umsetzung der Beteiligungsergebnisse im Rahmen der Landschaftsplanung (oder in entsprechenden anderen Bereichen). Darauf folgt die exakte Analyse des Platzumfelds im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsgruppen. Ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren lebt davon, dass es Stellvertreterinnen und Stellvertreter aller vorhandenen Nutzungsgruppen erreicht. Veranstaltungsorte und Befragungsmethoden müssen deshalb so gewählt sein, dass alle teilnehmen können bzw. aufgesucht werden. Die Beteiligung erfolgt, zugeschnitten auf den jeweiligen Ort, in aufeinanderfolgenden Schritten, die, bezogen auf die potentiellen Nutzungsgruppen (z.B. Kinder, Ältere, Frauen, Männer, Eltern, ggf. kultureller/religiöser Hintergrund), paritätisch ausgewertet werden.

Die enge Verknüpfung von Beteiligung und Planung legt nahe, dass das Beteiligungsverfahren zusammen mit den Planungsleistungen ausgeschrieben und vergeben wird. Separate Beteiligungsverfahren im Vorfeld der Planungen weisen in der Praxis oft größere Wissens- und Wirkungsverluste auf.

Was macht einen Ort erfolgreich

Um ein Projekt erfolgreich zu machen, muss es vom Ergebnis her gedacht werden:

Wie soll der umgestaltete Ort wirken? Wer wird sich zu welcher Zeit dort aufhalten? Welchen Tätigkeiten wird von wem nachgegangen? Wer begegnet sich? Wer traut sich etwas zum 1. Mal und dann immer wieder? Was / wer bereichert den Ort besonders und für wen ist der Ort eine besondere Bereicherung? Wie strahlt der Ort in die Umgebung aus?

Ein erfolgreicher Ort ist nicht teurer als andere, er ist besser, da er Chancengleichheit bietet, von der alle profitieren können. Beteiligung in Verbindung mit Gender- und Diversity Planning ermöglicht einen größtmöglichen Ertrag aus der Investition in eine Um-/Neugestaltung, weil inklusive, geschlechter- und generationengerechte Orte stark frequentiert und dennoch vandalismussicher sind. Die Nutzungszeiten pro Tag steigen durch die verschiedenen Angebote und Nutzungsgruppen. Es entwickelt sich ein lebendiges Miteinander, das bestenfalls bis in Straßen, Schulen und Wohnungen strahlt. Damit sind gendergerechte Freiräume Lernorte für Inklusion, die fortgesetzt friedliche Aushandlungsprozesse und Teilhabe ermöglichen und die viele vieles mit anderen Augen sehen lässt.

Der Begriff der Barrierefreiheit erfährt im Sinne von Gender Diversity und -Planning eine Erweiterung hin zur Überwindung von allem Trennenden, von Schwellen und Schwellenängsten, (sozialen) Kräfteverhältnissen und überkommenen Rollenbildern. Umfassende räumliche Gerechtigkeit und Barrierefreiheit steigern die Lebensqualität aller und werden immer stärker zum Synonym lebenswerter Städte und Freiräume.

die Vermittlung verschiedener Interessen von Vereinen oder Ortsteilen (vgl. Naßmacher & Naßmacher 2007: 12f.; siehe auch Rohe 1994: 61-67; Wehling 1989b: 194). Kommunen gelten laut Tocqueville als „Schulen der Demokratie“ (Tocqueville 1986). In den Gemeinden und Gemeindeverbänden kann politische Partizipation auf einer alltagsnahen Ebene stattfinden und den politischen Entscheidungsfindungsprozess beeinflussen, was wiederum das demokratische Wesen stärken kann. Zurück zu Online-Partizipation, betrifft diese alle drei Dimensionen der Kommunalpolitik, einerseits die rechtlichen Bedingungen (Witt 2017), andererseits die verschiedenen Bereiche der Politik, aber auch die Entscheidungs- und Lösungsprozesse innerhalb von Gemeinden, wie im weiteren Verlauf weiter erörtert wird.

2.2 Empirische Befunde zur politischen Repräsentation und Partizipation

Die Beteiligung an Wahlen gilt als ein Indikator für weitere politische Partizipation. Auf bundesdeutscher Ebene ist die Wahlbeteiligung von Frauen und Männern bis auf eine Nachkommastelle gleich (vgl. Destatis 2018a: 11). Als eine der konventionellen, institutionellen Formen politischer Partizipation zählen neben der Wahlbeteiligung die Mitgliedschaft und das Engagement in politischen Parteien. Deutliche Geschlechterunterschiede zeigen sich in der politischen Interessenvertretung: Der Frauenanteil in den Parteien durchbricht bei keiner Partei die 50-Prozent-Marke: Der Anteil schwankt zwischen den einzelnen Parteien zwischen 16% (AfD) und 39% (Grüne) (Niedermayer 2017). Als Gremien der politischen Gestaltungsmacht sind als erstes Parlamente zu nennen, denen erheblicher Einfluss auf politische Entscheidungen zugeschrieben werden kann. Der Frauenanteil im Europaparlament liegt durchschnittlich bei rund 36%. Deutschland befindet sich mit ebenfalls rund 36% Frauenanteil im europäischen Parlament im Mittelfeld des europäischen Vergleichs (Europarl.eu 2018). Der Deutsche Bundestag kann nach der Bundestagswahl 2017 einen Frauenanteil von 31% vorweisen (Stand: November 2017), wobei die Geschlechterverteilung der Fraktionen unterschiedlich ist. Bei der SPD, den Grünen und den Linken sind annähernd gleich viel Männer und Frauen als Abgeordnete tätig, bei den Abgeordneten der CDU/CSU ist nicht einmal jede vierte Abgeordnete weiblich, bei der AfD liegt der Frauenanteil mit 11% noch darunter (Bundestag 2017). Anfang des Jahres 2019 ist die Bundeskanzlerin zwar eine Frau, auf die Jahre der Bundesrepublik verrech-

net betragen die Jahre der Kanzlerinnenschaft jedoch lediglich rund 19%. Die Geschlechterverteilung in den Länderparlamenten ist in den Bundesländern unterschiedlich. Am höchsten ist der Frauenanteil in Thüringen mit rund 41%, am niedrigsten in Baden-Württemberg mit 24%. Der Mittelwert aller Länderparlamente beträgt 32% (Stand Oktober 2017; LpBW 2017). Von den 16 Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sind 2018 zwei weiblich (Stand April 2018; Schneider & Toyka-Seid 2018). In den Landesregierungen ist nur ein Drittel der Regierungschefinnen und -chefs, Ministerinnen oder -minister oder Senatorinnen oder Senatoren weiblich. Bei den Staatssekretärinnen oder -sekretären, Staatsrätinnen oder -räten, Ministerialdirektorinnen oder -direktoren sind lediglich rund 25% weiblich (Stand 2015; BMFSFJ 2017: 7-19).

Auf der kommunalpolitischen Ebene liegt der Fokus in erster Linie auf regionalen Themen. Dazu gehören beispielsweise Kindertagesstätten, Bebauungspläne oder öffentlicher Nahverkehr, zu denen in entsprechenden Gremien Beschlüsse gefasst werden. Dabei können in lokalen Führungsgremien politische Schlüsselqualifikationen erworben werden. Diese Ebene ist für den politischen Karrierestart von Bedeutung, da hier erste und gleichsam relevante Netzwerke geknüpft werden. Das ehrenamtliche, unbezahlte politische Engagement, die sogenannte *Ochsentour*, kann in der Regel erst nach langer Zeit und Mühe zu einem höheren politischen Amt führen. Die kommunalpolitische Ebene ist weitestgehend männlich geprägt. Im bundesdeutschen Durchschnitt beträgt der Frauenanteil in den Verwaltungsspitzenpositionen von Landtagen, kreisfreien Städten und Bezirken rund 11% (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 16).

Auf Kommunalpolitikerinnen allgemein bezogen, liegt der Anteil bei rund 27% Frauen (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 10). Von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sind in den Großstädten rund 8% weiblich und hauptamtlich tätig (Stand: Februar 2017; Holtkamp et al. 2017). In NRW ist dieser Anteil in allen Klein-, Mittel- und Großstädten noch etwas geringer (DIID-Monitor Online-Partizipation 2016). In den oberen Landesbehörden in der Bundesrepublik sind von den 863 Abteilungen rund 24% unter weiblicher Leitung, in den Bundesbehörden sind 33% der Führungspositionen mit Frauen besetzt (Stand: Juni 2015; BMFSFJ 2017: 18f.). Weiterhin zeigt das Genderranking deutscher Großstädte aus dem Jahr 2017 eine Unterrepräsentation von Frauen in kommunalpolitischen Spitzenämtern. Wichtige Posten sind in der Regel von Männern bekleidet (Stand: Februar

2017; Holtkamp et al. 2017). Dennoch gilt in der Regel, dass mit der Größe der Stadt der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zunimmt¹⁴. Wie die Fakten zeigen, sind weibliche Vorbilder, an denen sich politisch interessierte Frauen orientieren können, nicht die Regel, sondern vor allem auf der kommunalen Ebene vielmehr die Ausnahme.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erstellte einen Gender-Index, indem alle Kreis- und Regierungsbezirke auf Gendergerechtigkeit für die Domäne „Gesellschaftlicher Einfluss“ analysiert wurden. Damit sollte die Beteiligung von Männern und Frauen an politischen, sozialen und ökonomischen Entscheidungen gemessen werden. Absolute Geschlechtergleichheit würde bei einem Wert von 100 vorliegen, absolute Ungleichheit bei einem Wert von 0. Der Mittelwert beträgt rund 45 Punkte bei einem Minimum von 38 und einem Maximum von 55 Punkten für 2014 (BBSR 2015). Dieser Index kann damit keine Geschlechtergerechtigkeit in den politischen Ebenen der Kreis- und Regierungsbezirke der Bundesrepublik aufzeigen.

Diese empirischen Befunde legen nahe, dass sich Frauen weniger als Männer in Parteien politisch engagieren und weniger Posten bekleiden. Dies wird von verschiedenen Autorinnen und Autoren aufgegriffen und bestärkt (u.a. Burns 2007; Coffé & Bolzendahl 2010). Institutionalisierte, beziehungsweise konventionelle Formen von Politik sind diesen Befunden zufolge männlich geprägt. Das Problem der geringeren politischen Partizipation von Frauen wurde erkannt, so wurden beispielsweise Leitfäden zur Förderung zu mehr Parität in der Politik, gefördert vom Bund, erstellt (Lukoschat & Belschner 2017).

Neben diesen konventionellen Formen von Politik, werden die weiteren, nicht-institutionalisierten Formen von Politik näher betrachtet. Zahlen des *GLÉS-Online-Trackings* geben einen weiteren Eindruck der Geschlechterverhältnisse in un-

¹⁴ Eine Erklärung dafür kann die dafür günstigere politische Kultur in größeren Städten sein. Man kann außerdem davon ausgehen, dass in größeren Städten weniger traditionelle Rollenvorstellungen als in kleineren Kommunen vorherrschen, was einen Einfluss auf die Gewinnung von Frauen für kommunale politische Ämter haben kann (Hoecker 2009).

konventionellen Formen politischer Partizipation, wie der Mitarbeit an Bürgerinitiativen, der Teilnahme an Unterschriftensammlungen oder an Demonstrationen. Lediglich bei letzterem treten Geschlechterunterschiede auf. Männer nehmen diesem Survey zufolge geringfügig häufiger als Frauen an Demonstrationen teil (Roßteutscher et al. 2015a). Nur geringe Geschlechterdifferenzen finden sich außerdem in sozialer Partizipation und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Im Durchschnitt engagieren sich Vogel et al. zufolge etwas mehr Männer als Frauen ehrenamtlich, jedoch nicht in der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen. Zudem ist der Anteil der Frauen im Ehrenamt in den letzten Jahren angestiegen (Vogel et al. 2017: 637-642).

Was die unkonventionellen Formen politischer Partizipation betrifft, wie beispielsweise die Teilnahme an Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen, treten in diesen Formen sehr viel weniger, beziehungsweise kaum Geschlechterunterschiede, als noch in der konventionellen Partizipation auf. Weitere Studien bestärken diesen Befund (Coffé & Bolzendahl 2010, Brundidge 2013). Geißel zeigt ebenfalls anhand empirischer Daten, dass sich im Bereich der unkonventionellen politischen Beteiligung wie dem Sammeln von Unterschriften, der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder bei Demonstrationen, Frauen annähernd gleich wie Männer beteiligen (Geißel 2006: 163). Politische Beteiligung von Frauen findet diesen Studien zufolge etwas weniger direkt statt. Männer hingegen beteiligen sich eher direkt, wozu die aktive Parteimitarbeit oder die aktive Kontaktierung von Politikerinnen oder Politikern gezählt wird.

Eine Voraussetzung für politische Beteiligung jeder Art ist ein grundlegendes politisches Interesse. Tendenziell geben Frauen jedoch ein geringeres politisches Interesse als Männer an und geben seltener an, dass sie über die wichtigen politischen Themen in Deutschland gut Bescheid wüssten. Auswertungen repräsentativer Umfragen zeigen einen rund halb so hohen Anteil von Frauen mit starken, beziehungsweise sehr starkem Politikinteresse (Roßteutscher et al. 2015a). Berechnungen anhand Daten des *ALLBUS 2016* ergeben ein ähnliches Bild (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2017a). Von weiteren, damit zusammenhängenden Faktoren abgesehen, geht das politische Interesse Hand in Hand mit politischer Information. Unzureichende Information führt zu einem geringeren

Verständnis des politischen Systems und damit zu geringerem Interesse am politischen Geschehen. Emmer et al. zeigen einen geringeren Anteil von Frauen, die sich politisch informieren und interessieren (Emmer et al. 2011: 93f.).

Das geringere weibliche politische Interesse wird in der Forschung unter verschiedenen Schwerpunkten thematisiert (u.a. Mays 2009; Westle & Schoen 2002; Lawless & Fox 2013; Lange et al. 2013). Bereits junge Frauen und Männer würden zwar gleichermaßen Zeitung lesen und sich anhand von Nachrichtensendungen informieren. Bei jungen Männern läge jedoch der Fokus mehr auf politischen Themen als bei Frauen, so Lawless und Fox (2013: 9). Schon bei Jugendlichen zwischen 18 und 22 Jahren fänden sich Geschlechterunterschiede im politischen Interesse zuungunsten der jungen Frauen. Demnach gaben über zwei Drittel der weiblichen Befragten an, sich nicht oder nur wenig für Politik zu interessieren, so Lange et al. (2013: 58f.).

Ein früher Forschungsansatz von Bennett und Bennett sieht für das weibliche politische Interesse vor allem Bildung, Parteinähe und Sozialisation als wichtige Prädiktoren (Bennett & Bennett 1989). Mit Bezug auf die Bildung treten in den älteren Kohorten Geschlechterunterschiede zuungunsten der Frauen auf, die sich auf das geschlechterspezifische politische Interesse auswirken können (siehe Kapitel 6; Neller 2002: 492). Um dem aktuellen Forschungsstand zum tendenziell geringeren weiblichen Politikinteresse, über die Bildung als Erklärungsfaktor hinaus, gerecht zu werden, wird der Übersicht halber der Einteilung von Mays gefolgt. Sie stellt vier Kategorien auf: Sozialisation, situative Bedingungen, männliche geprägte Gesellschaftsstrukturen sowie soziale Erwünschtheit in der Angabe von politischem Interesse (Mays 2009: 52f.). Zunächst würde während der Sozialisation die Vorstellung vermittelt, Politik sei etwas Männliches. Dazu gehört auch die Vermittlung geschlechterspezifischer Rollenbilder wie die Zuordnung von Männern zum öffentlichen und von Frauen zum privaten Bereich (Mays 2009: 52; siehe auch Neller 2002; Bieber 2013; Ingler-Detken 2008; Westle & Schoen 2002). Zweitens wäre das politische Interesse situativ und Frauen hätten weniger Zeit für politische Belange, da sie von Familie und Arbeitsleben eingenommen wären (Mays 2009: 52; siehe auch Destatis 2015; Westle & Schoen 2002: 216). Dabei sind außerdem Lebenszykluseffekte wie eigene Kinder zu beachten (Neller

2002: 492). Drittens wäre die Gesellschaftsstruktur männlich geprägt, was sich darauf auswirken würde, dass weibliche Interessen in der Politik weniger berücksichtigt würden (Mays 2009: 52f.; siehe auch Westle & Schoen 2002: 217f.; Neller 2002: 492). Viertens würden Männer aus Gründen der sozialen Erwünschtheit ein höheres Politikinteresse angeben (Mays 2009: 53; siehe auch van Deth 1990; Neller 2002: 492).

Alles in allem zeigt sich, dass verschiedene Erklärungsmuster auftreten und Kontexte und Faktoren berücksichtigt werden müssen. Ob sich neben Geschlechterdifferenzen in der institutionalisierten politischen Partizipation und im politischen Interesse Differenzen in der Online-Nutzung finden, ist weiter zu erörtern.

2.3 Digitalisierungsgrad und Internetnutzung als Rahmen für Partizipation

Politische Partizipation, gleich welcher Art, wird nicht nur von verschiedenen Einflussfaktoren auf der Mikroebene, wie dem politischen Interesse, beeinflusst, sondern auch von Kontexten und Strukturen auf der Makroebene. Das Internet als Struktur wird von verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich genutzt. Die Nutzung stellt eine Grundlage für Online-Partizipation dar, weshalb näher betrachtet wird, inwiefern die Digitalisierung in verschiedenen sozialen Gruppen vorangeschritten ist. Der in der Bevölkerung vorherrschende Digitalisierungsgrad kann an unterschiedlichen Merkmalen festgemacht werden, unter anderem am Zugang, der digitalen Kompetenz sowie der Offenheit und der Nutzungsvielfalt bezüglich des Internets und der digitalen Medien (D21-Digital-Index 2016). Entsprechend des *D21-Index* stagniert das Wachstum der Internetnutzung in Deutschland. Dies wird damit begründet, dass die Personen zwischen 14 und 49 Jahren nahezu alle online sind und Zuwachs nur noch über die Kohorte der über 50-Jährigen passieren kann (D21-Digital-Index 2016: 11). Der *ARD/ZDF-Onlinestudie* zufolge, gab es von 2016 bis 2018 einen Anstieg von nur wenigen Prozentpunkten in der gelegentlichen Internetnutzung, von 84% auf 90% in der Bevölkerung. Bei den über 60-jährigen nutzen rund zwei Drittel das Internet, wobei dieser Anteil in den letzten Jahren stark angestiegen ist (ARD/ZDF-Online Studie 2018). Mit dem Alter sinkt jedoch die Intensität und Dauer der täglichen Internetnutzung (ARD/ZDF-Onlinestudie 2018; D21-Digital-Index 2016: 13).

10 Tipps für gendergerechte (E-)Partizipation

14.03.2023

Blogbeitrag

Geschlechtergerechtigkeit ist ein Thema, das uns jeden Tag beschäftigen sollte - nicht nur am 8. März. Denn das Geschlecht hat einen großen Einfluss auf die politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen, sowohl online als auch offline.

Leider gibt es im deutschsprachigen Raum noch wenige Studien, die sich auf die Auswirkungen von Geschlecht auf die Online-Beteiligung beziehen, und die meisten davon beschränken sich auf ein binäres Verständnis von Geschlecht. Dennoch liefern sie wichtige Erkenntnisse zu den Barrieren, die Frauen in der Online-Beteiligung erfahren.

Barrieren für geschlechtergerechte Beteiligung

Diese Barrieren entstehen durch erlernte Geschlechterrollen, aufgrund derer Frauen den digitalen Raum nicht als Ort wahrnehmen, in dem sie ihre politischen Ideen äußern können. Das kann unter anderem am sogenannten *Digital Divide* liegen: Menschen, die Marginalisierung erfahren, haben schlechteren Zugang zu digitalen Tools. Dieser Effekt wird verstärkt durch Digitale Gewalt, die viele Frauen erfahren, wenn sie sich im online an politischen Diskursen beteiligen.

Frauen schreiben Online-Beteiligung außerdem weniger Wirksamkeit zu als Männer, zweifeln häufiger daran, ob Beteiligungsprozesse nicht nur Werbemaßnahmen für politische Akteure sind und sind nicht bereit, online zu partizipieren, wenn sie den Eindruck haben, Verwaltungen lagern über die Beteiligungsprozesse ihre Arbeit an Bürger*innen aus.

So wird Partizipation gerechter

Um diese Barrieren zu überwinden, schlagen Wissenschaftler*innen verschiedene Strategien vor, die wir in unserem Prozessdesign berücksichtigen können:

- 1. Transparenz**
Ablauf, Kosten, politische Motivation & Nutzen des Verfahrens werden transparent gemacht.
- 2. Verbindlichkeit und reale Einflussmöglichkeiten**
Bürger*innen werden im Vorfeld darüber informiert, welchen politischen Einfluss ihre Teilnahme hat.
- 3. Crossmediale Beteiligung**
Wenn Beteiligung auch offline stattfindet, kann der Digital Divide überwunden werden.
- 4. Diversitätssensibles und inklusives Plattformdesign**
Dazu gehört unter anderem geschlechtergerechte und diskriminierungssensible Sprache, Barrierefreiheit und die direkte und ermutigende Ansprache von Teilnehmenden.
- 5. Registrierung**
Kann Frauen vor digitaler Gewalt schützen, kann sie aber auch zur Zielscheibe machen, wenn sie selbst mit Klarnamen auftreten müssen.
- 6. Geschlechtersensible Moderationstechniken**
So können Unsicherheiten, die Frauen daran hindern, ihre Meinung einzubringen abgebaut werden.
- 7. Kinderbetreuung**
So wird Eltern die die Teilnahme an Veranstaltungen offline ermöglicht.
- 8. Multiplikator*innen**
So können spezifische Zielgruppen angesprochen und besser erreicht werden.
- 9. Demografische Daten erheben**
Nur so kann festgestellt werden, wie repräsentativ der Beteiligungsprozess tatsächlich ist.
- 10. Kreative Partizipationsansätze erproben und evaluieren**
Nur, wenn wir offen für neue Ansätze bleiben, können wir Veränderung schaffen.

werden soziale Ungleichheiten weiter verschärft und die jeweilige soziale Position weiter manifestiert (vgl. ebd.: 51).

Da im Mittelpunkt des Forschungsinteresses der vorliegenden Arbeit die Einflussfaktoren auf die Beteiligung von Frauen an kommunalen Online-Partizipationsverfahren stehen, soll nun auf bestehende *Gender Digital Divides* eingegangen und aufgezeigt werden, inwiefern sich die hier beschriebenen drei Ebenen von Digital Divides im Hinblick auf die Nutzungsweisen von Internet und digitalen Medien von Frauen nachzeichnen lassen.

3.4.4 Gender Digital Divides

Das Geschlecht einer Person beeinflusst nicht nur die Möglichkeiten des Zugangs zu digitalen Medien und dem Internet, sondern auch deren Nutzungsweisen sowie damit verbundenen Vorteilen, die sich für die Offline-Welt durch die Nutzung ergeben können. Damit ist der soziale Differenzmarker *Geschlecht* für alle drei Ebenen des Digital Divides relevant und führt zu *Gender Digital Divides* (vgl. ebd.: 59).

Als das Internet Mitte der 1990er-Jahre in zunehmend mehr Privathaushalte einzog, ließ sich eine starke Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hinsichtlich des Zugangs zu Computern und dem Internet konstatieren. So wurde dieses zunächst fast ausschließlich von jungen, weißen Männern mit hohen Bildungstiteln und hohem Einkommen genutzt. Inzwischen hat sich dieses Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen im Zugang zum Internet und zu digitalen Medien in Deutschland weitestgehend aufgelöst, ist aber nach wie vor nicht ganz verschwunden (vgl. Carstensen 2018: 311; Carstensen/Winker 2012: 226). Dies lässt sich beispielsweise an den im vorigen Kapitel dargestellten ungleichen Nutzungszahlen des Internets zwischen Männern und Frauen sowie der Tatsache, dass 67 % der *Offliner* Frauen sind, aufzeigen (vgl. D21 Digital Index 19/20). Folglich konnten Frauen bis heute ihren späteren Einstieg in die Nutzung von Internet und digitalen Medien nicht gänzlich aufholen.

Ein weiterer Gender Digital Divide auf der Ebene des Zugangs zu Technologien lässt sich in den Unterschieden bei der Arbeitsplatzausstattung von Frauen und Männern feststellen. Während beispielsweise 56 % der in Vollzeit erwerbstätigen Männer einen Laptop oder ein Notebook zur Verfügung gestellt bekommen, trifft dies lediglich auf 36 % der im gleichen Ausmaß erwerbstätigen Frauen zu. Außerdem haben in Vollzeit erwerbstätige Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen seltener Zugang zu digitalen Anwendungen, die mobiles Arbeiten

unterstützen. Beispiele hierfür sind Fernzugänge für Homeoffice (21 % der Männer, 11 % der Frauen), Videokonferenzdienste (23 % der Männer, 10 % der Frauen) oder Kollaborationstools (17 % der Männer, 11 % der Frauen). Gar keinen Zugang zu den genannten Anwendungen und Geräten haben 21 % der Männer im Gegensatz zu 45 % der Frauen. Besonders deutlich äußert sich der *Gender Digital Divide* am Arbeitsplatz in Verbindung mit Teilzeitbeschäftigung, da hier rund 48 % der Beschäftigten über keinerlei Zugang zu den genannten Geräten und Anwendungen verfügen und gleichzeitig nach wie vor Frauen die überwiegende Mehrheit an Teilzeitarbeitskräften ausmachen (vgl. Initiative D21 e. V./Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit 2020).

Auch auf der Ebene der *digital skills* lässt sich ein Gender Digital Divide feststellen. Dieser betrifft weniger die tatsächlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer digitalen Kompetenzen, als vielmehr die Unterschiede in der jeweiligen Wahrnehmung der eigenen Fähigkeiten. So schätzen Frauen durch alle Altersgruppen hinweg und unabhängig von Bildung, Einkommen oder beruflichem Status ihre *digital skills* als deutlich geringer ein, als dies Männer tun. Dabei konnte im Rahmen von Vergleichsstudien gezeigt werden, dass sich die tatsächlich vorhandenen *digital skills* von Männern und Frauen nicht unterscheiden und dass diese bei Frauen deutlich ausgeprägter sind, als ihre Selbsteinschätzung vermuten lassen würde² (vgl. Initiative D21 e. V./Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit 2020; Ragnedda 2017: 60; Hargittai/Shaw 2015: 437 f.; Hargittai/Shafer 2006: 444). Diese falsche Selbsteinschätzung von Frauen kann negative Auswirkungen sowohl auf ihr Nutzungsverhalten von Internet und digitalen Medien als auch auf die Möglichkeit, durch dieses Vorteile in der Offline-Welt zu generieren, haben, wie Hargittai und Shafer (2006: 444) betonen:

Consequently, women may be less likely to take advantage of online content that may improve their life chances, such as enrollment in online courses, accessing government services, or informing themselves about political candidates.

Ferner lassen sich ebenso in Bezug auf das Interesse an technologischen Innovationen Unterschiede zwischen Frauen und Männern in sämtlichen Altersgruppen feststellen: So geben in der Alterskohorte bis 25 Jahre drei von fünf Männern an, dass sie sich für digitale Trends interessieren, im Vergleich zu zwei von fünf Frauen dieser Altersgruppe. Diese Interessensdiskrepanz nimmt mit

²Diese Form der falschen Selbsteinschätzung beziehungsweise Selbstabwertung von Frauen kann als Ausdruck symbolischer Gewalt im Sinne *männlicher Herrschaft* (Bourdieu 2005a) verstanden werden. Auf diesen Aspekt wird in Abschnitt 5.1.1 näher eingegangen.

steigendem Alter zu, sodass in der Alterskohorte von 45 bis 65 Jahren 38 % der Männer Interesse an technologischen Innovationen bekunden und lediglich 15 % der Frauen (vgl. Initiative D21 e. V./Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit 2020).

Ein weiterer Gender Digital Divide ist auf der Ebene des Internetnutzungsverhaltens zu konstatieren, bei dem sich nach wie vor Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Usern nachzeichnen lassen (vgl. Ragnedda 2017: 54, 60; van Dijk 2015: 43). Diese Unterschiede, wie beispielsweise die geringere Nutzungsbreite oder die stärkere Präferenz von E-Mailing und sozialen Netzwerken von Frauen gegenüber Männern (vgl. van Dijk 2015: 45) wurde lange Zeit mit einer vermeintlichen Technikferne von Frauen erklärt. Inzwischen dominieren aber weniger stereotype Erklärungsansätze, die sozioökonomische Faktoren in den Vordergrund rücken. Demnach führe ein noch immer horizontal und vertikal segregierter Arbeitsmarkt zu unterschiedlichen zeitlichen Ressourcen, um das Internet und digitale Medien nutzen zu können. Darüber hinaus verfügen Frauen auch deshalb über weniger Zeit, um sich mit dem Internet auseinanderzusetzen, weil sie auch gegenwärtig das Gros an Haus- und Sorgearbeit bewältigen (vgl. Carstensen/Winker 2012: 227).

Ein besonders ausgeprägter Gender Digital Divide zeigt sich zudem in Bezug auf partizipative Internetpraktiken, also dem Erstellen und Veröffentlichen von Inhalten (Stichwort: Content Creation). Frauen nutzen das Internet im Vergleich zu Männern deutlich weniger häufig dafür, um Inhalte zu erstellen und zu veröffentlichen und so Raum in der digitalen öffentlichen Sphäre einzunehmen. Es hat sich gezeigt, dass Frauen eher Online-Inhalte konsumieren und dass Männer diese eher als Frauen produzieren. Zwar lässt sich beobachten, dass Frauen zunehmend mehr Raum im Internet für Gegen-Öffentlichkeiten und Safe-Spaces einnehmen, um für sie relevante Inhalte publik zu machen, jedoch wird die Mehrheit der Inhalte im Internet nach wie vor von Männern produziert und veröffentlicht (vgl. Schradie 2015: 185 ff., 205 f.; Hargittai/Walejko 2008: 252 f.). Aus diesem Gender Digital Divide bei partizipativen Internetpraktiken ergibt sich eine Fortsetzung der „bereits bestehende[n] Dominanz von Männern geprägter Perspektiven in der öffentlichen Sphäre [...] im Raum des Internets“ (Rudolph 2019: 312 f.).

Die beschriebenen Gender Digital Divides haben ernst zu nehmende Implikationen für die Position von Frauen in der Offline-Welt, wie Hargittai und Walejko (2008: 253) verdeutlichen: „As online content becomes increasingly important in setting social, political and cultural agendas, the existence of such a participation gap will have increasing implications for social inequality.“ Darüber hinaus führt die geringere Raumnahme von Frauen in der digitalen öffentlichen Sphäre des Internets dazu, dass „perspectives from women are drowned out by those of men“

(Schradi 2015: 209). Dies betrifft auch und insbesondere die politische Partizipation von Frauen im Internet. Auf diese partizipativen Spaltungen bei politischer Online-Partizipation wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

3.5 Von Digital Divides zum Democratic Divide: Partizipative Spaltungen bei politischer Online-Partizipation

Wie weiter oben dargestellt wurde, konnte die Digital-Divides-Forschung aufzeigen, dass soziale Ungleichheiten zu Unterschieden im Zugang zu und den Nutzungsweisen von Internet und digitalen Medien führen. Dementsprechend kann auch politische Online-Partizipation nicht losgelöst von diesen sozialen und digitalen Ungleichheiten betrachtet werden. So reduziert das Internet zwar auf theoretischer Ebene Teilbarrieren, da politische Partizipation und das Aushandeln politischer Standpunkte im Internet zeit- und ortsunabhängig erfolgen können, aber gleichzeitig kommt es zu einer Entstehung neuer sowie der Verstärkung bereits bestehender Hürden für politische Partizipation (vgl. Ragnedda 2017: 79).

Die Frage, ob das Internet zu mehr politischer Partizipation von jenen gesellschaftlichen Gruppen führt, die sich bislang wenig oder gar nicht beteiligt haben, nimmt einen zentralen Platz in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um *E-Democracy* und *E-Partizipation* ein. Dabei haben sich drei Argumentationsstränge herausgebildet (vgl. Escher 2013): Erstens argumentieren *NetzoptimistInnen* im Rahmen der sogenannten *Mobilisierungshypothese*, dass sich das Internet aufgrund der geringen Partizipationskosten positiv auf die Beteiligung bislang politikferner gesellschaftlicher Gruppen auswirke und dass dieses auch die grundsätzliche Motivation steigern könne, sich in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen. So kommt beispielsweise Boulianne (2011) zu dem Ergebnis, dass das Lesen von Online-Nachrichten im Vergleich zur Informationsaufnahme über analoge Medien zu höherem politischen Interesse führt. Darüber hinaus konnten Colombo et al. (2012) einen positiven Zusammenhang zwischen Internetnutzung und politischer Selbstwirksamkeit (political efficacy) aufzeigen. Zweitens wird von *NetzpessimistInnen* postuliert, dass das Internet die politische Beteiligung von BürgerInnen nicht stärken, sondern stattdessen eher schwächen würde. Anstelle von gemeinwohlorientierten und politischen Aktivitäten würden es BürgerInnen gemäß der *Verdrängungshypothese* eher bevorzugen, das Internet für Unterhaltungszwecke zu nutzen. Statt sich mithilfe des Internets mit anderen für politische Zwecke zu vernetzen, würden

GESCHLECHT UND PARTIZIPATION

IM GESPRÄCH MIT KATHARINA HEGER

Veröffentlicht am 14. Juni 2023

Katharina Heger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Im Interview spricht sie über Geschlechterunterschiede im Partizipationsverhalten.



Zunächst erstmal grundsätzlich: Partizipieren Frauen und Männer unterschiedlich?

Ja, das kann man auf jeden Fall so sagen. Schon ab den 1950er Jahren war von Anfang an zu sehen, dass es einen Gender Gap gab. Am Anfang war es so, dass Frauen sich gar nicht oder deutlich weniger beteiligt haben als Männer. Im Laufe der Zeit haben sich diese Lücken zum Teil geschlossen, zum Teil haben Frauen Männer in bestimmten Beteiligungswegen auch überholt. Beispielsweise ist die Wahlbeteiligung in den meisten westlichen Nationen unter Frauen größer als unter Männern.

Aber wir sehen auch, dass es trotzdem immer noch Unterschiede gibt. Diese drücken sich aber nicht mehr darin aus, dass Männer absolut gesehen mehr machen, sondern dass Männer und Frauen unterschiedliche Dinge machen. Sie wählen unterschiedliche Instrumente, um sich politisch auszudrücken. Wir sehen zum Beispiel, dass politischer Konsum, also bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen zu kaufen oder nicht zu kaufen, von Frauen sehr viel mehr betrieben wird als von Männern.

Wie erklären Sie sich diesen Unterschied?

Meine Theorie ist, dass die unterschiedliche Partizipation von Frauen und Männern damit zusammenhängt, wie sichtbar bestimmte Partizipationsformen sind. Etwas in den sozialen Medien zu posten, was dafür gedacht ist, dass es andere Leute sehen und darauf reagieren, ist beispielsweise sichtbarer als politischer Konsum. Den kann man sehr privat für sich allein betreiben.

Es gibt noch immer eine starke Trennung zwischen „privater“ und „öffentlicher“ Sphäre. Der politische, öffentliche Raum ist nach wie vor durch Normen geprägt, die diesen Raum eher Männern zuweisen und Frauen eher in der privaten Sphäre verordnen als im politischen Bereich. Aus diesem Grund wird derartiges Verhalten bei Frauen eher sanktioniert, also bestraft. Ein Beispiel dafür sind Hasskommentare im Netz, die sich direkt gegen Frauen wenden, oder allgemein abwertende Bemerkungen über Frauen, die Politikerinnen sind oder sich politisch engagieren. Eine Konsequenz dieser Normen ist, dass wir in Befragungsdaten immer wieder sehen, dass Frauen ein geringeres Niveau an politischem Interesse berichten und sich politisch weniger wirksam fühlen. Das kann keine biologischen Ursachen haben, sondern muss die Folge von Sozialisierung sein.

Frauen suchen sich daher oft andere Wege der Beteiligung, die nicht genuin politisch interpretiert werden, wie zum Beispiel Einkaufen oder ein Ehrenamt wahrnehmen. Beides kann sehr politisch sein, muss aber nicht so gelesen werden. Auf diese Weise haben sich Frauen in den meisten westlichen Gesellschaften eine Art „Workaround“ gebaut, um politisch aktiv zu sein und Einfluss zu nehmen, ohne zum Beispiel mit negativen Reaktionen konfrontiert zu werden, weil sie sich nicht genderkonform verhalten.

Gibt es noch weitere Faktoren wie Alter oder Bildung, die dabei einen Einfluss haben? Also partizipieren zum Beispiel gebildetere Frauen anders als weniger gebildete Frauen?

Wir wissen, dass Bildung und Alter einen Einfluss darauf haben, ob und wie man sich beteiligt. Das wirkt sich aber nicht so aus, dass zum Beispiel gut gebildete Frauen mehr partizipieren als gut gebildete Männer. Also wenn wir, statistisch gesprochen, den Faktor Bildung gleich halten, dann ist das Geschlecht dominierend. Es gibt durchaus Studien, die zeigen, dass bestimmte Faktoren wie eben beispielsweise Bildung den Geschlechterunterschied ausgleichen. So partizipieren gut gebildete Frauen in der Tendenz mehr oder anders als weniger gut gebildete Männer.

Wir sehen aber, dass Geschlecht in so gut wie allen Studien, in denen wir das vergleichen, ein wichtiger erklärender Faktor ist. Nicht – und das möchte ich betonen – aufgrund biologischer Gegebenheiten, sondern wegen kultureller Aspekte, die diese Rolle prägen, in die man reingezogen wird, wenn man bestimmte körperliche Merkmale aufweist. Zu diesen kulturellen Aspekten kann auch eine ungleiche Verteilung von Bildungschancen gehören – oder eben Geschlechternormen, die das politische Interesse oder die politische Selbstwirksamkeit prägen. Wenn man, statistisch gesprochen, für all diese Sozialisationsfaktoren kontrollieren könnte, würden wir wahrscheinlich keine Unterschiede mehr sehen. Weil es eben nicht darauf ankommt, was für körperliche Merkmale wir haben, sondern wie wir diese als Gesellschaft interpretieren.

Übrigens weist die Intersektionalitätsforschung, die sich, grob zusammengefasst, mit Mehrfachdiskriminierung von Individuen und Gruppen beschäftigt, schon sehr lange darauf hin, dass viele Formen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe gleich noch viel weniger zugänglich werden, wenn jemand nicht „nur“ Frau oder „nur“ person of color ist, sondern beides gleichzeitig,

also zum Beispiel woman of color. Wenn jemand mehrere Charakteristika hat, die für sich genommen mit Diskriminierung und Ausschluss assoziiert sind, dann ist zum Beispiel politische Partizipation vielleicht doppelt so schwierig. Es gibt also verschiedene Faktoren, die sich auf die Beziehung zwischen Geschlecht und Teilhabe positiv oder negativ auswirken.

Hat das dann auch etwas mit Machthierarchien und -strukturen zu tun?

Es ist sicherlich ein Ausdruck von Machthierarchien. Auch wenn wir in Deutschland sehen, dass Gleichberechtigung sehr viel weiter ist als noch vor 50 oder 20 Jahren, war das ein langer Weg. Wir kommen aus einem Gesellschaftsmodell, in dem Frauen ganz lange überhaupt keine Rolle außerhalb des Haushalts hatten. Das ist natürlich eine ganz klare Machthierarchie, deren Deonstruktion im Zuge von Emanzipationsbewegungen immer weiter fortschreitet. Aber wir sehen die Unterschiede in der Beteiligung noch immer, insbesondere beim Aspekt der Sichtbarkeit.

Wir beobachten beispielsweise, dass Frauen, wenn wir auf digitale Beteiligungsformen schauen, stärker von Hassrede betroffen sind oder sehr viel aggressiver angegriffen werden, wenn sie sich politisch äußern. Das hat nicht nur eine Wirkung auf die Person, die beleidigt wird, sondern das hat auch eine abschreckende Wirkung auf andere. Deswegen ist Hassrede im Internet so effektiv und ein so wichtiges Thema – auch das ist Ausdruck einer Machthierarchie.

Man kann aus feministischer Perspektive sagen, dass es meist Angriffe genau auf diejenigen Frauen gibt, die sich prominent politisch äußern und sichtbar sind. Aus dem Wunsch heraus, Verhältnisse aufrechtzuerhalten, in denen zum Beispiel Männer politische Deutungshoheit haben und Frauen nicht.

Wie bewerten Sie diese Unterschiede aus einer normativen Sicht?

Ich finde, es steht erstmal jedem Menschen frei, sich zu beteiligen oder sich nicht zu beteiligen; niemand muss. Das kann jeder für sich entscheiden und das ist das Gute an Demokratie.

Ich finde es auch erstmal nicht problematisch, wenn unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Werkzeuge wählen, die sie für besonders effektiv halten oder die sich ihnen besonders anbieten, um zu partizipieren. Ich sehe immer dann ein Problem, wenn wir strukturelle Unterschiede beobachten; wenn sich zum Beispiel bestimmte Gruppen aufgrund eines Merkmals strukturell von bestimmten Partizipationsformen zurückziehen. Das zeigt, dass es keine freie Wahl eines Individuums ist, sondern dass strukturelle Faktoren im Spiel sind.

Welche Maßnahmen würden Sie von der Politik für geschlechtergerechte Partizipation wünschen?

Es gibt Forschung zu verschiedenen kulturellen Kontexten, die darauf hinweist, dass der Gender Gap in der politischen Repräsentation mit dem Gender Gap in der politischen Partizipation zusammenhängt. Je weniger Diversität in einer Demokratie unter den Machthabenden und politischen Eliten, desto stärker segregiert ist auch die Bürgerschaft in der Frage, ob und wie sie sich beteiligt.

In Australien und Kanada konnte zum Beispiel ein langfristiger Effekt vom steigenden Frauenanteil in den politischen Führungsebenen, beispielsweise über Quoten, auf die Partizipation von Frauen beobachtet werden. Frauen in der Bevölkerung wurden offensichtlich durch einen

gewissen Vorbild-Effekt mobilisiert, sich zu beteiligen, weil sie sehen, dass man auch Einfluss nehmen kann. Deswegen finde ich es interessant, sich stärker mit Instrumenten auseinanderzusetzen, mit denen wir Repräsentation diverser und besser gestalten können.

Das andere ist der digitale Raum. Wir sehen hier, dass bestimmte Gruppen vom digitalen Diskurs ferngehalten werden oder sich aufgrund von Hassrede fernhalten. Da wünsche ich mir mehr Arbeit gegen diese Art von Verhalten und eine stärkere Sanktionierung. Wir sehen schon viel bürgerschaftliches Engagement, das durch Initiativen, wie *#ichbinhier*, in Diskurse eingreifen will. Es ist toll, wenn das aus der Zivilgesellschaft kommt, aber wenn es nicht kommt oder nicht reicht, ist die Politik in der Pflicht. Denn es geht eben nicht nur darum, dass irgendwelche Leute irgendwas im Internet reden, sondern um einen politischen Diskurs, der Macht hat und Machtverhältnisse beeinflussen kann. Wenn Leute davon strukturell ausgeschlossen werden, haben wir ein Problem.

Und zuletzt möchte ich noch auf institutionelle Formen der Partizipation eingehen. Da wünsche ich mir, dass sich die Parteien verändern und für bestimmte politische Akteure, wie eben Frauen, attraktiver werden und mehr Diversität leben. Gesellschaft und Politik sollten darauf einwirken, dass diese Partizipationswege für möglichst viele offen sind.

Zur Person:

Katharina Heger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am [Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft](#) und forscht zu geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der politischen Partizipation und Repräsentation und dem Einfluss politischer Normen und Einstellungen auf das Verhalten. Am Weizenbaum-Institut forscht sie in der Forschungseinheit Weizenbaum Panel zum Zusammenspiel und Wandel von Bürger:innenormen und digitalen Formen der politischen Partizipation.

Gender Planning

Eine Stadt für alle

Gender Planning heißt: öffentliche Räume schaffen, die Bedürfnisse aller sozialer Gruppen und Geschlechter berücksichtigen. Doch die Umgestaltung der Stadt führt oft zu Konflikten. Zum Beispiel, wenn Gehwege mehr, Autostraßen weniger Platz bekommen.

Am Nord-Süd-Nadelöhr Berlins herrscht an diesem Wochentag der übliche Trubel. Geschäftsmänner in Business-Outfits hasten mit Fast-Food-Boxen über die Kreuzung. An den Ampeln stauen sich Autos. Mittendrin: Anke Kläver. Die Mobilitätsforscherin arbeitet am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam. Sie zeigt auf die Verkehrsinsel, auf der man hier zwischen Straße und Tram stehenbleiben muss. Die sei relativ eng. „Wenn ich mir vorstelle, dass ich da mit meinem Fahrrad, meinem Kinderwagen, meinem Einkauf stehe, ist dieser Platz einfach wahnsinnig begrenzt – und das ist auch gefährlich.“

Frauen gehen mehr zu Fuß

Anke Kläver interessiert sich dafür, wie eine Stadt für alle aussehen kann – vor allem, wenn man ohne schützende Blechkarosse, sondern vielleicht mit einem Kleinkind an der Hand unterwegs ist. Denn das Verkehrsverhalten von Männern und Frauen unterscheidet sich statistisch. „Männer machen im Vergleich weniger Wege pro Tag und das präferierte Verkehrsmittel ist meistens das Auto. Das trifft vor allem auf die Altersklassen zwischen 20 und Ende 60 zu.“

Frauen würden dagegen mehr zu Fuß gehen und häufiger den ÖPNV nutzen. Das hängt weniger mit dem biologischen Geschlecht als mit der sozialen Rolle zusammen: Frauen bringen häufiger die Kinder in die Kita, versorgen Angehörige, kaufen ein.

Gender Planning – bereits in den 80ern ein Thema

Geschlechter- oder besser gleichberechtigte Stadtplanung, sogenanntes Gender Planning, denkt die Vielfalt der Bedürfnisse mit und räumt dem Auto nicht länger Vorrang ein. Neu ist das Konzept nicht. Schon in den 80er-Jahren stellten Feministinnen fest, dass der durchschnittliche Planer männlich, gut situiert und gesund ist und den Alltag nach seinem Job ausrichtet. Die Folge: eine Trennung von Wohnsiedlungen und Geschäftszentren.

Die Geografin Stephanie Bock war eine der kritischen Stadtplanerinnen. Heute forscht sie am Deutschen Institut für Urbanistik. „Ein Schlagwort waren die Angsträume, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben“, erinnert sie sich zurück an die Anfänge. „Dass viele Frauen nachts den ÖPNV nicht genutzt haben, die öffentlichen Räume gemieden haben – und es dann solche Aktionen gab: Wir erobern uns die Nacht zurück, mit Nachtpaziergängen.“

Wien als Vorreiter

Die Ansätze für eine gendergerechte Stadt sind vielfältig: Gehwege, die breit genug sind für Kinderwagen, ausgeleuchtete Plätze, Sitzgelegenheiten, ein guter öffentlicher Nahverkehr, kurze Wege, Beteiligungsmöglichkeiten in der Planung.

Als beispielhaft gilt die Stadt Wien. Vor rund 30 Jahren warf hier eine Ausstellung die Frage auf, wem der öffentliche Raum gehöre. Der Untertitel: „Frauenalltag in der Stadt“.

Kurz danach wurde das Wiener Frauenbüro gegründet. Die Leitung übernahm die Stadtplanerin Eva Kail – eine Vorreiterin des Gender Plannings. „Unser Flaggschiff ist die geschlechtersensible Parkgestaltung“, sagt sie. „Hier hat eine Studie gezeigt, dass wir ein Problem haben: So ab dem Alter von 13 Jahren verschwinden Mädchen aus den Parks, weil das Angebot für ältere Kinder an den Spiel- und Sportinteressen der Burschen ausgerichtet ist. Die Großen schmeißen die Kleinen aus dem Ballkäfig und alle miteinander haben das Gefühl, Mädchen haben darin nichts verloren.“

Beim Berliner Creative Bureaucracy Festival skizziert Eva Kail, was Wien dagegen unternommen hat: Bei der Umgestaltung der Parks hat die Stadt die Fußballkäfige offener gestaltet und Sitzcken eingerichtet.

Ein anderes Beispiel: Das Viertel Seestadt Aspern, „ein sehr autoarmer Stadtteil mit Sammelgaragen und Verkehrsberuhigung im Innenbereich“, so Kail. „Das Quartiersmanagement hat bestätigt, dass die Kinder dort sehr selbstbewusst unterwegs sind und durch die vielfältigen Angebote ganz aktiv sind. Das sieht man auch im Stadtteil.“

Umgestaltung führt zu Konflikten

Auch der Berliner Senat arbeitet an einer gendergerechten Stadt. An einer dröhnenden Kreuzung in Berlin-Wilmersdorf hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ihren Sitz. Folgt man den Gängen des mächtigen 20er-Jahre-Baus, trifft man irgendwann auf Beate Profé. Sie leitet die Abteilung Stadtplanung. „Wir planen für alle Menschen dieser Stadt“, sagt sie. „Dieses alte Verständnis von Gender Mainstreaming – Männer, Frauen – wäre doch viel zu kurz gegriffen. Wir haben das Thema LGBTQ. Das andere ist: Junge und Alte haben unterschiedliche Ansprüche an den Stadtraum, Menschen in unterschiedlichen Berufen.“ Alle sozialen Belange gelte es bei der Planung anzusprechen. Einmal sei sie gefragt worden, ob man jetzt die Abwasserrohre rosa anstreichen solle, erzählt die Ur-Berlinern. Das sei natürlich Unsinn. Trotzdem: Die Umgestaltung der Stadt führe zu Konflikten. „Wir nehmen die Parkplätze weg und bauen da noch ein Haus hin, da kommen 20 Wohnungen rein“, das sei so ein Klassiker, sagt sie. „Da gibt es immer Stress.“ Außerdem müsse immer wieder zwischen Gemeinwohlinteressen und individuellen Interessen abgewogen werden. „Da ist immer wieder die Frage, wohin sich die Waagschale neigt.“

Zoff um die Berliner Friedrichstraße

Die Mobilitätsexpertin Anke Kläver steht vor einem Absperrgitter. Im August 2020 startete hier das umstrittene Modellprojekt Flaniermeile Friedrichstraße: eine autofreie Zone mit Bänken und Pflanztöpfen. „Wenn wir uns überlegen, dass wir seit der Nachkriegszeit eine Normalität des Autos begünstigt haben, braucht es einfach ein bisschen Umdenken“, sagt sie. Gerade in Bezug auf Berlin denke sie aber: „Wir haben schon ein gutes ÖPNV-Netz, gute Kiezstrukturen, breite Straßen, die eigentlich eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Raums ermöglichen würden.“

Damit tut Berlin bereits mehr fürs Gender Planning als andere Städte. So hält es das Deutsche Institut für Urbanistik in einer Studie von 2017 fest und erklärt: Gender-Aspekte in der Planung zu berücksichtigen, ermöglicht letztlich ein gleichberechtigtes und demokratisches Zusammenleben.



FACHSTELLE
GENDER & DIVERSITÄT
NRW



HOW TO BE AWARE?!

IMPULSE FÜR EINE ACHTSAME
VERANSTALTUNGSPLANUNG

INHALT

WISSEN IST MACHT! WISSEN MACHT'S	S. 4 - 5
HANDELN BEOBACHTEN	S. 6 - 7
DAS ORGA-TEAM	S. 8
DIE VERANSTALTUNGSPLANUNG	S. 9
WERBUNG	S. 10
EXTERNE BETEILIGTE	S. 11
AWARENESS AM TAG DER VERANSTALTUNG	S. 12 - 13
DAS AWARENESS-TEAM	S. 14 - 15
DIE NACHBEREITUNG	S. 16
REFLEXIONSFRAGEN	S. 17
IMPULSE FÜR ACHTSAMES HANDELN	S. 18
ERARBEITE DEINE POWER FLOWER	S. 19



VORWORT

Die FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW bietet seit 1996 Beratungs- und Qualifizierungsangebote für pädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit an. Zahlreiche Veranstaltungen haben seither im Namen der Fachstelle oder in Kooperation mit weiteren Bildungseinrichtungen stattgefunden. Die tägliche Auseinandersetzung mit den Themen Gender und Diversität bedeutet auch eine ständige Auseinandersetzung mit Machtstrukturen. Diese begegnen uns sowohl in Veranstaltungen und Workshops als auch in Teams. Die Wahrnehmung und Dekonstruktion von herrschenden Verhältnissen ist immer ein Prozess. Es gibt kein Ende, aber Impulse für einen Anfang. Mit dieser Einstellung ist diese Broschüre entstanden. 2019 und 2020 haben wir gemeinsam mit den Teilnehmer*innen der #connect community Impulse als Grundlage für einen Leitfaden zur machtsensiblen Veranstaltungsplanung entwickelt. In mehreren (digitalen) Veranstaltungen beschäftigten wir uns unter anderem mit folgenden Fragen:

- **WAS BEDEUTET ES, IM RAHMEN DER VERANSTALTUNGSPLANUNG MACHTKRITISCH ZU HANDELN?**
- **WIE KANN EINE ACHTSAME PRAXIS AUSSEHEN?**
- **WAS BENÖTIGEN PLANER*INNEN AN VORWISSEN?**

So entstanden in einem gemeinsamen Prozess Impulse für eine achtsame und machtsensible/-kritische Veranstaltungsplanung. Diese sind in dieser Broschüre zusammengefasst.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Teilnehmer*innen für die gemeinsame Arbeit und wünschen viel Freude beim Lesen und viel Erfolg bei der Umsetzung. **TAKE CARE!**



WISSEN
IST MACHT!
WISSEN
MACHT'S!

ICH UND DIE ANDEREN

Alle Räume unseres alltäglichen Lebens sind durchzogen von Machtstrukturen und Hierarchien, so auch Veranstaltungen jeglicher Art. Bevor es also in die Planung geht, benötigt es eine Auseinandersetzung mit Machtstrukturen und den damit verbundenen Kategorien.

Kategorien existieren nicht aus Liebe zur Ordnung, sie existieren um die Macht von sozialen Gruppen zu sichern. Sexismus stellt die Macht von cis-Männern sicher, Rassismus die Macht von Weißen oder Klassismus die Macht der ökonomisch Privilegierten usw. Machtstrukturen sind historisch gewachsene Konstrukte, die wir mit unserem Handeln jeden Tag verfestigen, aber auch aufbrechen und verändern können.

Der erste Schritt zur Veränderung ist, Kategorien und die damit einhergehenden Machtstrukturen wahrzunehmen.

FOLGENDE FRAGEN KÖNNEN ZUR SELBSTREFLEXION HILFREICH SEIN:

- Wie würde ich mich als Person beschreiben?
- Welche Zuschreibungen habe ich bisher in meinem Leben erfahren, stimmen diese mit meinem Selbstbild überein?
- Welche Handlungsspielräume habe ich auf Grundlage der Zuschreibungen?

IN WELCHEN KATEGORIEN FINDEST DU DICH WIEDER?

AUF DER LETZTEN SEITE FINDEST DU DIE ÜBUNG 'POWERFLOWER'. MIT DIESER ÜBUNG KANNST DU DIR ÜBER PRIVILEGIEN UND AUSGRENZUNGS-ERFAHRUNGEN BEWUSST WERDEN.

TRY |
THIS!

INPUT IM
NETZ:

Stereotyp, Vorurteil, -ismen usw. Die Seite Kulturshaker informiert umfassend über Begriffe und erklärt, was hinter den verschiedenen Diskriminierungsformen steckt.

<https://kulturshaker.de/>

Die Amadeu Antonio Stiftung informiert umfassend über Themen rund um Diskriminierung.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/themen/>

Durch eine intersektionale Perspektive deckt i-päd ein breites Spektrum ab; auf verschiedenen Wegen findet ihr bei i-päd Erklärungen, Methoden und vieles mehr.

<http://ipaed.blogspot.de/materialien/>

Für Impulse im Alltag zu den verschiedenen Themen rund um Gender und Diversität sorgen wir mit unseren FUMA Lernkarten.

<https://www.gender-nrw.de/digitale-lernwelten/lernkarten/>



HANDELN BEOBACHTEN

WISST IHR NUN WAS VERSCHIEDENE DISKRIMINIERUNGSFORMEN SIND?

Habt ihr euch bewusst gemacht, welche Kategorien euch zugeschrieben werden und welche ihr gewählt habt? Welche Privilegien gehen damit einher und welche Ausgrenzungserfahrungen macht ihr? Dann ist nun der nächste Schritt zu überlegen, welche Verhaltensweisen ihr beeinflussen möchtet und könnt, um euch bei einer Veranstaltung zum einen zu positionieren und zum anderen dafür zu sorgen, dass ihr mit eurem Verhalten keine andere Person ausgrenzt.

STELLT EUCH FOLGENDE FRAGEN:

- Wie betrete ich einen Raum?
Machst du auf dich aufmerksam oder bist du eher zurückhaltend?
- Wie verhalte ich mich in einer Gruppe?
Bist du eher laut oder leise?
- Welche Zuschreibungen mache ich, wenn ich in eine Gruppe komme?
Musterst du Menschen bewusst und sortierst sie für dich ein?
- Welche Annahmen habe ich über die anderen Teilnehmer*innen?
- Wie ist mein Sprachverhalten?
Neigst du dazu lange zu sprechen, andere zu unterbrechen oder beendest du Sätze häufig mit einem Fragezeichen?

NIMM DIR EINE SACHE FÜR DIE KOMMENDE VERANSTALTUNG VOR, WELCHE DU IN DEINEM VERHALTEN ÄNDERN MÖCHTEST.

ÜBERFORDERE DICH NICHT.

NIMM DIR FÜR JEDE VERANSTALTUNG EINE KLEINE VERÄNDERUNG VOR.

NACH EINIGER ZEIT WIRST DU EINE MASSE AN VERÄNDERUNG SPÜREN.

**TRY |
THIS!**

**HEUTE ACHE ICH GANZ
BEWUSST AUF
EINE GENDERREFLEXIVE
SPRACHE.**



DAS ORGA-TEAM

Das Orgateam bildet die Grundlage der Veranstaltung; es ist repräsentativ und verantwortlich für die Perspektiven der Veranstaltungsplanung. Das bedeutet, es benötigt auch innerhalb des Teams eine Reflexion bezüglich der Machtstrukturen. Wir alle sind in Machtstrukturen sozialisiert und unser Verhalten spiegelt wider, traut euch und seid mutig, euer Verhalten zu hinterfragen.

DIESE FRAGEN KÖNNEN HELFEN:

- Aus welchen Personen setzt sich unser Team zusammen?
- Welche Personen treten durch Präsenz an die Öffentlichkeit?
- Wer übernimmt welche Aufgaben?
- Wer übernimmt Fürsorgeaufgaben?
Wer stellt z.B. bei euch im Team immer die Kekse auf den Tisch? Wer räumt danach ab?
Wer fühlt sich für Ordnung und Sauberkeit zuständig?
- Wer spricht vor dem Publikum?
- Wer übernimmt Hilfsarbeiten?
- Sind die Perspektiven eurer Zielgruppe in eurem Team vorhanden?
- Wie können die Perspektiven eingeholt werden, wenn sie nicht durch Personen vertreten sind?

SCHAFFT EINEN GEMEINSAMEN RAHMEN ZUR REFLEXION, Z.B. ALS REGELMÄßIGER TAGESORDNUNGSPUNKT DES PLANUNGSTREFFENS ODER EINEN REFLEXIONSTAG.

VEREINBART REGELN IN WELCHER FORM DIE REFLEXION STATTFINDEN SOLL.



DIE VER- ANSTALTUNGS- PLANUNG

Bei der Veranstaltungsplanung stellen sich grundsätzlich viele Fragen, wie: Welches Ziel verfolgen wir mit der Veranstaltung? Wen laden wir ein? Welche Referent*innen geben Workshops oder halten Vorträge? Gibt es ein Catering? An welchem Ort findet die Veranstaltung statt? Wie werden die Teilnehmer*innen empfangen? Gerade unter Zeitdruck tappen wir oft in die Falle, schnelle Lösungen zu suchen, die nicht selten Machtstrukturen reproduzieren. Deshalb überprüft eure Entscheidungen unter einer machtkritischen Perspektive.

FOLGENDE FRAGEN KÖNNEN HELFEN:

- Wer spricht als Referent*innen?
Wurden hauptsächlich weiße cis-Personen angefragt?
- An wen wurden die Fürsorgetätigkeiten wie Raumhygiene und Catering verteilt? Wer teilt das Essen aus?
- Müssen Ressourcen verteilt werden?
Zum Beispiel Solidaritätsbeitrag bei den Teilnahmekosten?
- Ist der Veranstaltungsort für alle ansprechend und zugänglich?
- Gibt es Räumlichkeiten, die als Schutzraum dienen?

FERTIGT EINE KLEINE CHECKLISTE MIT DEN KRITERIEN EINER MACHTKRITISCHEN PERSPEKTIVE AN.

SO KÖNNT IHR ENTSCHEIDUNGEN SCHNELL ÜBERPRÜFEN.



**TRY |
THIS!**



WERBUNG

Um auf eine Veranstaltung aufmerksam zu machen, gibt es verschiedene Wege. Über Social Media lässt sich breitflächig Aufmerksamkeit generieren, Plakate und weitere Printmaterialien können gezielt verteilt werden. Persönliche Einladungen sprechen Personen direkt an und Mailverteiler sind ein gewohntes Mittel unter Fachkräften, um Veranstaltungen zu bewerben.

BEI DER WAHL DER WERBEMITTEL KÖNNEN SICH FOLGENDE FRAGEN ERGEBEN:

- Welche Kommunikationswege nutzen eure Teilnehmer*innen?
- Welche Sprachen (bspw. auch Gebärdensprache) nutzen eure Teilnehmer*innen?
- Wie findet die Werbung ihren Weg zu den Räumen, in denen eure gewünschten Teilnehmer*innen sich bewegen?
- Welches Design wurde gewählt?
- Sind Personen im Werbematerial abgebildet?
- Möchten wir das Awareness-Konzept sichtbar machen?

BEVOR IHR DAS WERBEMATERIAL VERÖFFENTLICHT, WERFT GEMEINSAM EINEN BLICK AUF DIE MATERIALIEN. ÜBERPRÜFT NOCH EINMAL DIE DARSTELLUNG DER PERSONEN UND IHRER TÄTIGKEIT.

FARBEN UND ANDERE MÖGLICHE ZUSCHREIBUNGEN IN DER SYMBOLIK.



EXTERNE BETEILIGTE

Bei einer Veranstaltung sind oftmals einige externe Kräfte beteiligt. So habt ihr bezüglich mancher Bedingungen vielleicht einen begrenzten Einfluss. Ihr könnt jedoch durch eine klare Kommunikation mit euren Kooperationspartner*innen einige Diskriminierungsfallen aushebeln und euch ggf. für andere Anbieter*innen entscheiden.

IHR KÖNNT FOLGENDE FRAGEN AN EXTERNE BETEILIGTE RICHTEN:

- Wie setzt sich ihr Team zusammen?
- Welchen Lohn erhalten die Fachkräfte für ihre Arbeit?
- Welche Veranstaltungen haben bisher in den Räumlichkeiten stattgefunden?

LASST EUREN EXTERNEN PARTNER*INNEN EIN SCHREIBEN ÜBER EURE WÜNSCHE EINER ACHTSAMEN UMSETZUNG DER VERANSTALTUNG ZUKOMMEN. BEENDET DAS SCHREIBEN MIT DER BITTE, DIESE PUNKTE ZU BERÜCKSICHTIGEN.

**TRY |
THIS !**



AWARENESS AM TAG DER VERANSTALTUNG

AM TAG DER VERANSTALTUNG LAUFEN INDIVIDUELLE, STRUKTURELLE UND INSTITUTIONELLE EBENEN ZUSAMMEN. DESHALB SIND VERSCHIEDENE PUNKTE ZU BEACHTEN:

INDIVIDUELLE EBENE:

- **Welche Möglichkeiten haben die Teilnehmer*innen, sich an der Veranstaltungsgestaltung zu beteiligen?**
- **Wie erfahren die Teilnehmer*innen ihre Partizipationsmöglichkeiten?**
- **Soll es Redebeiträge von Teilnehmer*innen geben?**
 - Wie werden diese begleitet bzw. strukturiert?
 - Wie werden dominante Redebeiträge begrenzt?
 - Wie wird sichergestellt, dass nicht immer dieselben Personen reden?
 - Wie wird sichergestellt, dass jede*r der*die möchte zu Wort kommt?
- **Wie wollt ihr mit diskriminierendem Verhalten durch Teilnehmer*innen oder Teammitglieder umgehen?**

STRUKTURELLE EBENE:

- Gibt es Ausschilderungen zur Orientierung?
- Welche Wege müssen die Teilnehmer*innen zurücklegen?
Sind diese barrierearm?
- Gibt es einen gekennzeichneten Schutzraum?
- Wer begleitet die Menschen im Schutzraum?
- Wie erhalten die Teilnehmer*innen die Informationen zum Awareness-Konzept der Veranstaltung?
- Ist Informationsmaterial über Diskriminierungsformen zugänglich?

INSTITUTIONELLE EBENE:

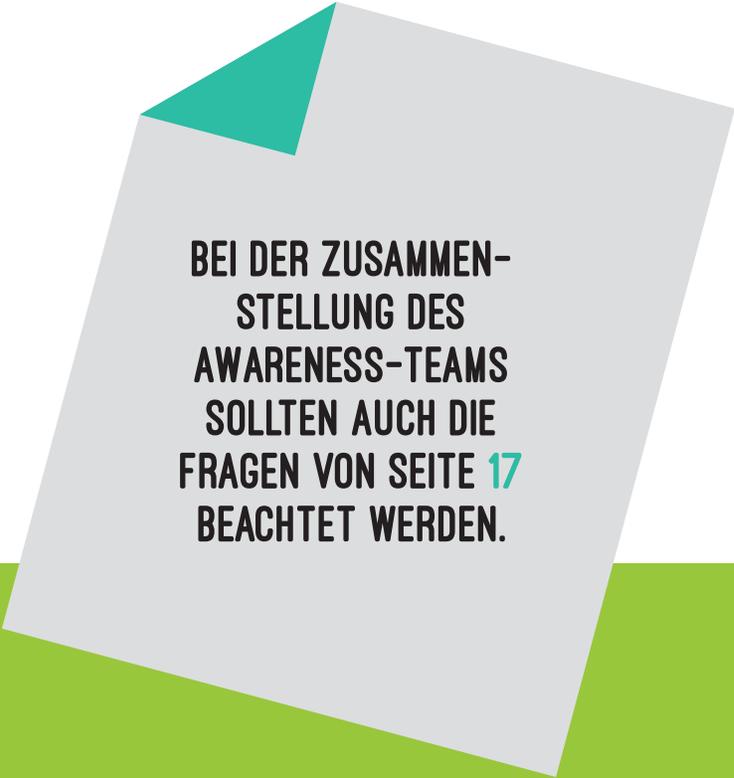
- Wie können euch Teilnehmer*innen ansprechen?
Seid ihr als Organisator*innen erkennbar?
- Wie sind weitere repräsentative Personen erkennbar?
(Referent*innen, Awareness-Team etc.)
- Gibt es die Möglichkeit an die Institution ein Feedback zu richten?



DAS AWARENESS- TEAM

FOLGENDE FRAGEN KÖNNEN HELFEN, UM ZU DEFINIEREN WELCHE AUFGABEN DAS TEAM AM TAG ÜBERNIMMT:

- Soll das Team ausschließlich im Schutzraum ansprechbar sein?
- Soll das Team bei diskriminierendem Verhalten intervenieren? Wenn ja, wie?
- Hat das Team eine beratende Funktion?
- Sitzen Personen aus dem Team in Workshops?
- Wie ist das Awareness-Team ansprechbar?
- Dokumentiert das Awareness-Team Beobachtungen, welche in der Nachbereitung reflektiert werden?
- Wie ist das Team zusammengesetzt?
Wurden verschiedene Positionierungen berücksichtigt?
Sind ggf. bestimmte Personen für bestimmte Themen besser geeignet?



**BEI DER ZUSAMMEN-
STELLUNG DES
AWARENESS-TEAMS
SOLLTEN AUCH DIE
FRAGEN VON SEITE 17
BEACHTET WERDEN.**

**DEFINIERT KLAR, WELCHE ROLLE DAS TEAM
HABEN SOLL.**

**DAS AWARENESS-TEAM SOLLTE IN KEINEN
ROLLENKONFLIKT KOMMEN.**

**DOPPELFUNKTIONEN WIE BEISPIELSWEISE
MODERATION UND AWARENESS-SUPPORTER*IN
SIND ZU VERMEIDEN.**



**TRY |
THIS!**

DIE NACHBEREITUNG

Von Beginn an wachsen wir in diskriminierenden Strukturen auf und verinnerlichen die Glaubenssätze dieser. Hierarchien sind wirkungsmächtig und deshalb nicht so einfach abzubauen. Wir können alle dazu beitragen, dass diskriminierendes Verhalten minimiert wird, so wird es mit Sicherheit Situationen auf eurer Veranstaltung geben, die eine Reflexion benötigen. Nehmt euch die Zeit und reflektiert eure Veranstaltung.

REFLEXIONSFRAGEN:

- Was ist gut gelaufen? Was würden wir wieder so machen?
- Was möchten wir verändern bzw. nächstes Mal besser machen?
- Welche Rückmeldungen gab es?
- Wie möchten wir auf sie reagieren?
- Gab es Rückmeldungen bzgl. diskriminierenden Verhaltens?

Wie möchtet ihr darauf reagieren? (Reflexion im Team, öffentliche Reflexion der Veranstaltung, Gespräche mit externen Fachkräften ...)

TRY
|
THIS!

**NEHMT EUCH DIE ZEIT FÜR EIN DICKES LOB AN EUCH SELBST!
FÜR EUREN ANSPRUCH, STRUKTUREN ZU VERÄNDERN UND
DAZU BEIZUTRAGEN, UNGLEICHHEIT IM ALLTAG AUFZUBRECHEN.
SCHÖPFT AUS DIESEM GEFÜHL DIE KRAFT WEITERZUMACHEN.**

REFLEXIONS- FRAGEN

AUF EINEN BLICK - EINE ZUSAMMENFASSUNG:

Kenne ich die Definitionen verschiedener Diskriminierungsformen?

Kenne ich meine Privilegien und meine Ausgrenzungserfahrungen?

Wie setzt sich das Orga-Team zusammen?

Ist die Veranstaltungsplanung kritisch hinterfragt?

Entspricht die Werbung eurem Anspruch?

Sind externe Personen im Awareness-Konzept mitgedacht?

Besteht ein klarer Ablauf und Aufgabenverteilung für den Veranstaltungstag?

Gibt es ein Awareness-Team?

Besteht ein Termin für die Nachbereitung?

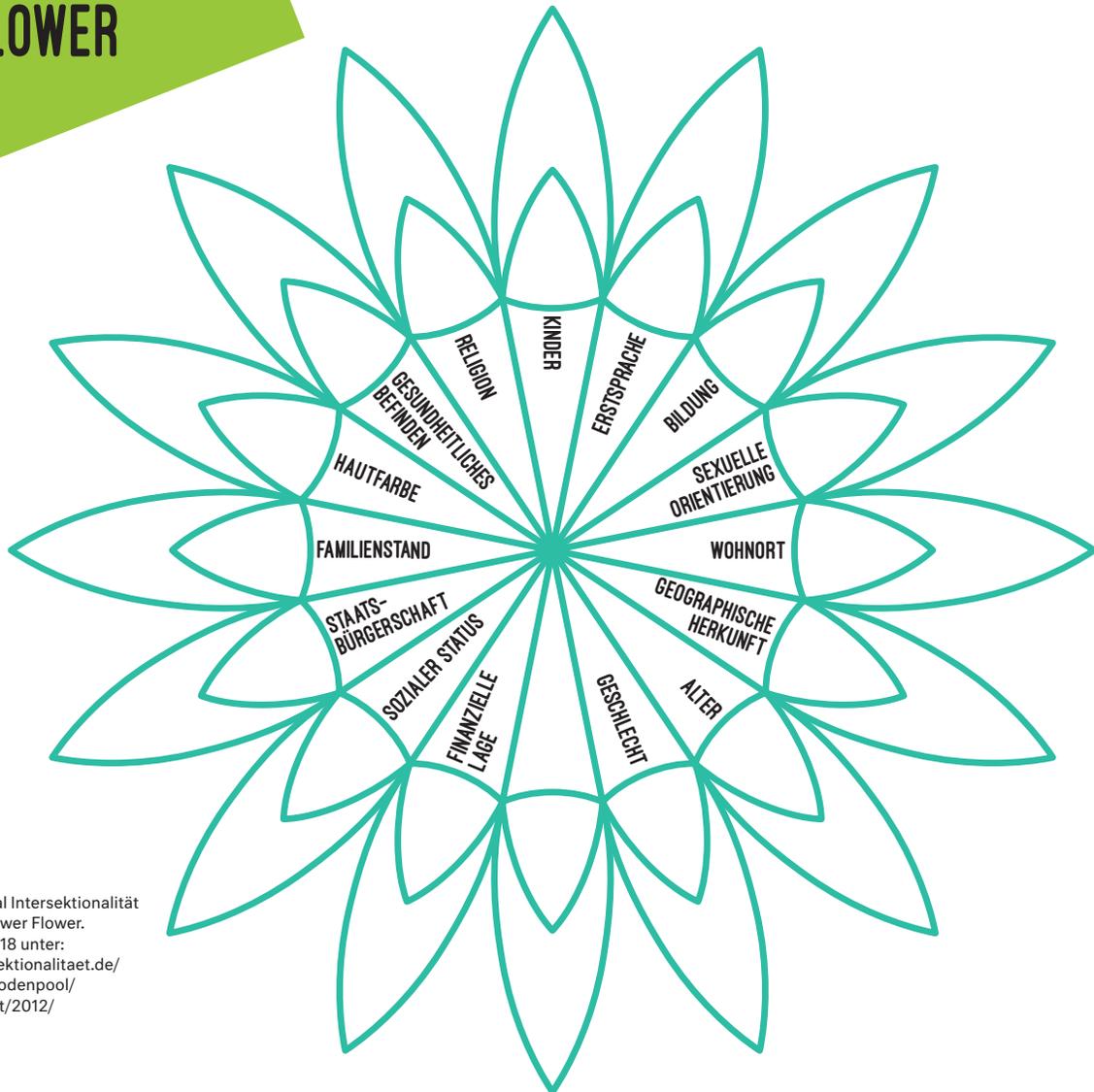
IMPULSE FÜR ACHTSAMES HANDELN

- **FRAGEN STELLEN OHNE SPRACHE:** die Plattform **padlet.com** bietet die Möglichkeit, über einen Link Beiträge zu posten. Diese können bei der Veranstaltung über einen Beamer/Bildschirm für alle sichtbar übertragen werden. Als analoge Variante können Moderationskarten verteilt und an einer Pinnwand gesammelt werden.
- **SPRECHZEIT:** Macht deutlich, dass ihr bei Überschreitung der Sprechzeit unterbrecht.
- **HAUSRECHT:** Klärt vor der Veranstaltung, wer das Hausrecht bei der Veranstaltung hat. Denn nur diese Person ist berechtigt, bei massivem grenzverletzendem Verhalten eine Person des Gebäudes zu verweisen.
- **FEEDBACK:** Stellt den Teilnehmer*innen im Feedback die Frage, was würdet ihr anders machen bei der Gestaltung der Veranstaltung. So erhaltet ihr eine konstruktive Rückmeldung aus Teilnehmer*innen-Perspektive.
- **DIREKTE REFLEXION:** nehmt euch direkt nach der Veranstaltung Zeit für ein Blitzlicht des Tages. So kann raus, was oben aufliegt.

**VIEL FREUDE BEI EURER NÄCHSTEN
VERANSTALTUNGSPLANUNG!**

ERARBEITE DEINE POWER FLOWER

- #1 Male ein Blütenblatt im inneren Kranz aus, wenn du dich bei dieser Differenzlinie als bevorzugt einordnest
- #2 Male ein Blütenblatt im äußeren Kranz aus, wenn du für dich eine Benachteiligung siehst
- #3 Ergänze im leeren Blütenblatt ein Thema, welches dir wichtig ist



Angelehnt an: Portal Intersektionalität (2012): Methode Power Flower. Online am 21.08.2018 unter: <http://portal-intersektionalitaet.de/forum-praxis/methodenpool/gute-nachbarschaft/2012/power-flower/>



FUMA FACHSTELLE GENDER & DIVERSITÄT NRW
LIMBECKER PLATZ 7
45127 ESSEN

WWW.GENDER-NRW.DE
WWW.FUMADIGITAL.DE
WWW.FACEBOOK.COM/FUMAFACHSTELLELEGENDER
WWW.INSTAGRAM.COM/FUMA_FACHSTELLE

MAIL: FACHSTELLE@GENDER-NRW.DE
TEL: 0201/1850880

TEXTVERANTWORTUNG:
SASKIA STAIBLE
#CONNECT

GEFÖRDERT VON

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

